Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a. S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter"
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 92 | Bezugspreis: Monatlich 3.50 Mk. frei Haus; bei Abholung 3.25 Mk. Bei Postbezug 3.50 Mk. monatlich oder 10.50 Mk. im Vierteljahr. Bestellgeld extra. Letzteres trägt der Verlag bei Einsend. des Bezugspreises a. d. Postscheck onto. | Halle, Dienstag, den 20. April 1920 | Anzeigenpreis: Im achtspaltigen Anzeigenteil 40 Pf., im dreispaltigen Reklameteil 1.20 Mk. für die Millimeter-Zeile. Kollektivanzeigen mit 50 % Aufschlag. — Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr. — | 4. Jahrgang

Die Zukunft der Arbeiterklasse.

Es gab eine Zeit, da lag die Zukunft der Arbeiterklasse in strahlendem Glanze vor ihr da. Das war die Zeit nach dem Fall des Sozialistengesetzes, nach dem Sturz des Blut- und Eisenmenschen Bismarck, dessen gewiß gewaltiges Lebenswerk seine Anbeter leichtsinnig und gewissenlos zerstört und zerstäubt haben. Das war die Zeit, da die Ertragsfähigkeit der menschlichen Arbeit durch Anwendung der Maschinen in ungeheurem Maße gewachsen war, so daß sich

Reichtümer über Reichtümer

in den kapitalistischen Staaten aufhäuften. Aller Reichtum erschien uns aber wie ein ungeheures Warenlager, um mit den Worten von Karl Marx zu reden.

Keine Hoffnung war zu hoch, keine Sehnsucht zu ungewiß, um nicht Wirklichkeit zu werden, wenn nur der Ertrag der Arbeit dem Volke und nicht einzelnen Kapitalisten zugute kam, wenn nur die vorhandenen Reichtümer an Waren gerecht verteilt würden. Dazu kam, daß die Arbeiter von Erfolg zu Erfolg schritten. Jeder Wahlkampf steigerte ihre Stimmenzahl, die Zahl ihrer Abgeordneten und die Zahl ihrer Anhänger. Welch eine Zukunft. Was aber ist davon übrig geblieben?

Die europäische Welt ist bettelarm geworden, das deutsche Volk fast noch ärmer. Die materiellen Grundlagen dieser schönen Zukunft sind verschwunden, aber die Hoffnung darauf ist geblieben. In Millionen Menschen, die schlecht und recht ihr Dasein fristen, seien es nun Arbeiter, Staats- und Kommunalbeamte oder Privatangestellte, lebt dieses untilgbare Sehnen, diese nieversagende Hoffnung auf Umkehrung ihrer jetzt so schlechten Verhältnisse. Ihre heißen Herzen sträuben sich noch gegen die Gewißheit, daß die **Zukunft der Arbeiterklasse eng verbunden ist mit der Zukunft des ganzen Volkes.** Sie jagen zum Teil noch dem Hirngespinste nach, das Geschick der Arbeiterklasse vom Geschick des Volkes trennen zu können, um die Ziele der Arbeiterbewegung schneller erreichen zu können. Es gibt noch soviel andere, oft vollständig unsozialistische Vorstellungen, an die sich diese Hoffnung klammert, nur um nicht unterzugehen.

Jetzt steht nun ein Ereignis bevor, das zu einem nicht geringen Teil über die Zukunft der Arbeiterklasse entscheiden wird. Das sind

die Reichstagswahlen.

Sie werden noch heller in all den heißfühlenden Herzen die Hoffnung auf die ehemals so herrlich sich zeigende Zukunft aufflammen lassen und können sie doch nicht erfüllen. Aber ein anderes Verlangen können sie, die Wahlen, zur Tatsache werden lassen, ein Verlangen, das ebenso leidenschaftlich durch das arbeitende Volk geht, das in dem Rufe wurzelt:

„Heraus aus dem Elend der Koalitionspolitik."

Dieser Ruf hatte ja schon nach Abwehr des Putsches vom 13. März zu dem Gedanken einer rein sozialistischen Kabinettsbildung geführt. Aber ein solches Kabinett wäre unter den heutigen Umständen nicht möglich. Wenn es sich am Leben erhalten wollte, würde es den Weg beschreiten müssen, den die Unabhängigen wollen: nämlich die Diktatur des Proletariats. Aber die Diktatur würde dem Kabinett selbst dann bald das Lebenslicht ausblasen. Sie würde sich in diesem Falle nur ganz kurze Zeit gegen die anderen Klassen der Gesellschaft richten, um sich bald darauf auch über große Teile der Arbeiterklasse selbst zu erstrecken und dann am ersehnten Ende

der Räterepublik

zu enden.

In dieser Lage der Dinge müssen nun unbedingt die Reichstagswahlen eine Aenderung bringen. Das Bestreben der Arbeiterklasse muß darauf gerichtet sein, eine sozialistische Mehrheit im Parlament zu erringen. Freilich zählt sich die Klasse bei den Wahlen nicht als Einheitlich Ganzes, sondern nach Parteirichtungen. Es würde also auch nach den Wahlen und nach Schaffung einer sozialistischen Mehrheit eine Koalitionspolitik betrieben werden müssen. Allerdings eine, die natürlicher ist. Die Koalitionspolitik der sozialistischen Parteien. Sollte die eine oder andere Richtung sich einer solchen Notwendigkeit widersetzen, so wäre es die Schuld dieser Richtung, wenn dadurch eine bessere Zukunft für das arbeitende Volk in den nächsten Jahren verscherzt würde. Ueber diese Schuld würde dann von der Arbeiterschaft selbst in kurzer Zeit das Urteil gesprochen werden.

Warum aber zieht die Arbeiterschaft nicht geschlossen in den Wahlkampf? Es wären doch dann lange nicht so viel Schwierigkeiten zu überwinden und der Sieg wäre viel sicherer. Die Antwort darauf ist leicht. Die Klasse der Arbeiter selbst ist kein einheitlich Ganzes sondern differenziert, je nachdem der Einzelne als Lohnarbeiter oder als Privatangestellter, als Beamter oder auch als selbständig Gewerbetreibender tätig ist und damit für unser Wirtschaftsleben von anderer Bedeutung.

Hier liegt nun die

historische Aufgabe unserer Partei,

der Sozialdemokratie. Wenn die Arbeiterklasse das Staatsruder führen hinen will und für ihre sozialistischen Ziele zum Wohle des ganzen Volkes benutzen will, so muß sie unter sich selbst, in ihren, durch die wirtschaftliche Lage und auch noch durch die Tradition auseinanderstrebenden Teilen von Grund aus demokratisch sein. Hier bildet unsere Partei den Kristallisationspunkt. Hier gibt es kein Wanken und kein Weichen. Was Notwendigkeit für uns selbst, für die Arbeiterklasse ist, das muß auch Notwendigkeit für das ganze Volk sein.

Die Reaktionäre selbstverständlich werden die Demokratie zu ihren antidemokratischen Zwecken benutzen. Es werden schließlich noch andere Militärputsche versucht werden. Die Kapitalisten werden versuchen, die Demokratie zur Korruption zu benutzen. Unsere Klassengenossen von weiter links werden aus diesen Gründen höhnisch gegen die formale Demokratie anrennen. Aber allen diesen Gegnern gegenüber, die uns an unserer historischen und wirklich revolutionären Aufgabe hindern wollen, müssen wir die Taktik anwenden, die Lassalle den Arbeitern empfahl:

„Den Daumen aufs Auge und das Knie auf die Brust."

Wenn wir danach handeln, wenn wir danach unsern Wahlkampf führen, dann werden wir langsam einer besseren, wenn auch nicht märchenhaft schönen Zukunft entgegengehen. Einer besseren Zukunft als uns die Gegenwart erwarten läßt.

Der Reichswirtschaftsrat.

Der Aufbau des Rätesystems.

Berlin, 19. April. Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung beendete heute die Beratungen über den Entwurf einer Verordnung über den vorbereitenden Reichswirtschaftsrat.

Der Ausschuß schloß sich den Beschlüssen seines Unterausschusses an, wonach unter Aenderung der Regierungsvorlage und der Beschlüsse des Reichsrat der vorbereitende Reichswirtschaftsrat aus 326 Mitgliedern besteht.

Als solche sind einzuberufen:

63 Vertreter der Land- und Forstwirtschaft,
6 Vertreter der Gärtnerei und der Fischerei,
68 Vertreter der Industrie,
44 Vertreter des Handels, der Banken und des Versicherungswesens,
34 Vertreter des Verkehrs und der öffentlichen Unternehmungen,
36 Vertreter des Handwerks,
30 Vertreter der Verbraucherschaft,
16 Vertreter der Beamtenschaft und der freien Berufe,
12 mit dem Wirtschaftsleben der einzelnen Landesteile besonders vertraute Persönlichkeiten, zu ernennen vom Reichsrat,
12 von der Reichsregierung nach freiem Ermessen zu ernennende Personen, die durch besondere Leistungen die Wirtschaft des deutschen Volkes in hervorragendem Maße gefördert haben oder zu fördern geeignet sind.

Eine Erklärung des Ministers Severing.

Nach Meldungen der Berliner Morgenblätter vom heutigen Tage erklärte Minister des Innern Severing einem Mitarbeiter der P. P. N.: Die Rückberufung der Truppen aus dem Ruhrrevier habe bereits begonnen. Ersatz werde, wo es besonders erforderlich erscheine, von der grünen Polizei gestellt. Er halte es für das zweckmäßigste, wenn baldigst eine Vermehrung der Sicherheitspolizei erfolge. Gleichzeitig mit der Vermehrung müsse eine wirklich demokratische Reorganisation der Sicherheitspolizei durchgeführt werden. Die ersten Schritte dazu seien getan. Die kompromittierten Führer der Abteilungen und Hundertschaften würden unnachsichtlich entfernt, tüchtige Beamte im Unteroffiziersrang würden befördert. Den Abteilungsstellen würden Zivilkommissare beigegeben.

Zu den verschiedenen Putschgerüchten erklärte der Minister, er halte diese Gerüchte für mindestens übertrieben. Schließlich teilte der Minister mit, daß das Ergebnis der Waffenablieferung im Ruhrrevier bisher sehr unbefriedigend sei.

Zu den Vorgängen in Oberschlesien.

Beuthen, 19. April. In einer Besprechung zwischen General Leroud und den Vertretern sämtlicher Parteien erklärte der General, daß die Einführung des Betriebsrätegesetzes in Oberschlesien nunmehr von der Entente-Kommission beschlossen worden sei, während die Wahlen zum Reichstage vom Hohen Rat in Paris abgelehnt wären.

Aus San Remo.

Paris, 19. April. Nach einer Havas-Meldung hat die erste Sitzung der interalliierten Ministerkonferenz in San Remo heute Vormittag um 11 Uhr begonnen.

Paris, 19. April. Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail" meldet aus San Remo, daß nach einem Bericht von Marschall Foch eine Armee von 300 000 Mann notwendig sei, um über die Ausführung des türkischen Friedensvertrages zu wachen.

WTB. Paris, 19. April. Nach einer Havas-Meldung aus San Remo wird Amerika auf der Konferenz nicht vertreten sein.

WTB. Paris, 19. April. Nach einer amtlichen Havas-Meldung wird sich die Konferenz in San Remo zuerst mit der türkischen Frage beschäftigen. Der nach San Remo gereiste politische Mitarbeiter des „Echo de Paris" meldet, die französische Regierung sei gebunden durch das Lord Derby gegebene Versprechen, die französischen Truppen würden die Maingegend an dem Tage räumen, an dem die deutschen Truppen zurückgezogen würden.

Die Tendenzbetriebe im Betriebsrätegesetz.

Von Herm. Müller, M. d. N.

Betriebe, die bestimmten Tendenzen dienen, werden im Betriebsrätegesetz etwas anders behandelt, als Betriebe anderer Art. Ist in ihnen ein Betriebsrat vorhanden, so sind seine Aufgaben etwas eingeschränkt. Hat der Betrieb einen Aufsichtsrat oder gehört er zu denen, die eine Bilanz vorlegen müssen, dann finden die in Frage kommenden Vorschriften auch nur bedingte Anwendung. Ebenso liegt es beim Einspruch nach erfolgter Kündigung.

Nebeneinander aufgeführt werden die Tendenzbetriebe, für die die Einschränkungen bestehen, im § 67 des Betriebsrätegesetzes, in dem „Betriebe, die politischen, gewerkschaftlichen, militärischen, konfessionellen, wissenschaftlichen, künstlerischen und ähnlichen Bestrebungen dienen" genannt werden.

Inwieweit liegen nun für Arbeitnehmer solcher Betriebe Beschränkungen vor? Eine Aufklärung erscheint geboten, weil weite Kreise beunruhigt sind. Namentlich die in Buchdruckereien Beschäftigten haben vor der zweiten und dritten Lesung protestiert gegen die Entrechtung, die beabsichtigt sei, auch die Angestellten in Betrieben künstlerischer Art haben das gleiche getan.

An und für sich ist eine Buchdruckerei und ein Theater ebenso wenig wie eine Musik- oder Malschule ein Tendenzbetrieb. Sie alle werden dazu erst dann, wenn sie ausschließlich in den Dienst einer bestimmten Richtung gestellt werden. Eine Buchdruckerei, die einer politischen Partei dienstbar gemacht wird, indem in ihr ein Parteiblatt und Parteiliteratur irgendeiner Richtung hergestellt wird, wird dadurch zum Tendenzbetrieb, wobei natürlich Voraussetzung ist, daß sie nicht nur gelegentlich solche Druckarbeiten anfertigt. Ein Theater, das Stücke aller Richtungen, der klassischen, sowohl wie der allermodernsten, aufführt, wird nicht dadurch zum Tendenzbetrieb, weil in ihm vielleicht die Tendenz obwaltet, künstlerisch das allerbeste zu bieten; es wird dazu, wenn es sich zum Ziel setzt, nur Stücke einer bestimmten literarischen Richtung aufzuführen. Genau so ist es mit Musikunternehmungen, mit Malschulen und sonstigen Betrieben, die künstlerischen Bestrebungen dienen. All diese Tendenzbetriebe sollen geschützt sein, „soweit die Eigenart dieser Bestrebungen (denen sie dienen), es bedingt", es sollen daher Betriebsräte, die die Betriebsleitung mit Rat unterstützen sollen, um einen möglichst hohen Stand und möglichste Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu sorgen, Halt bei der Tendenz zu machen. Ebenso bei der Einführung neuer Arbeitsmethoden. Das sind die beiden Punkte, bei denen der § 67 der Tätigkeit der Betriebsräte Schranken setzt.

Wenn nun eine Buchdruckerei durch den Inhalt und den Geist der in ihr hergestellten Verlagswerke zum Tendenzbetrieb wird und die Betriebsräte lediglich Halt bei der Tendenz zu machen haben, so heißt das mit anderen Worten: Die Betriebsräte der in den Buchdruckereien Beschäftigten haben all die Rechte, die den Betriebsräten sonst zustehen, sie haben sich aber nicht um den Inhalt der Zeitungen, Bücher und Broschüren zu kümmern, selbst wenn, ihrer Meinung nach, das Unternehmen wirtschaftlich ganz anders dastehen würde, wenn z. B. die Zeitung anderen politischen Inhalt hätte. So ist's auch bei den Betrieben künstlerischer Art. Sind sie Richtungsbetriebe, hat der Betriebsrat vor der Richtung Halt zu machen; er darf z. B. einem Unternehmen, das expressionistischen Zielen dient, nicht eine andere Richtung geben wollen. Hier ist bei ihm die Grenze. Pflegt ein solcher Betrieb aber Kunst im allgemeinen, dann sind keine Bestrebungen besonderer Art,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200420-16/fragment/page=0001

die der § 67 schützen will, vorhanden. Hier ist der Betriebsrat in jeder Weise voll berechtigt, wie es auch der Betriebsrat einer Buchdruckerei ist, die ganz allgemeine Buchdruckaufträge annimmt. An diesen Beispielen dürfte klar gemacht sein, wie es auch in den anderen im § 67 genannten Tendenzbetrieben steht.

Gewisse Beschränkungen sind vorhanden, aber sie sind gering und in der Sache berechtigt und werden keinen Anstoß geben oder Befürchtungen auslösen können. Am wenigsten bei den Buchdruckereien, die sie sich bisher selbst auferlegt hatten.

Warum soll aber auch die Vertretung im Aufsichtsrat nicht wie in anderen Betrieben mit Aufsichtsräten zulässig sein, in denen ein oder zwei Betriebsratsmitglieder in allen Sitzungen Sitz und Stimme haben? Warum soll in den im § 67 genannten Betrieben der Betriebsrat nur das Recht haben, Anträge und Wünsche hinsichtlich der Arbeitnehmerverhältnisse und der Organisation des Betriebes an den Aufsichtsrat zu bringen und sie dort in besonderen Sitzungen durch ein oder zwei Beauftragte vertreten zu lassen? Das erscheint unbillig, ist aber doch nicht unberechtigt. Hier ist weniger an die Eigenart der Bestrebungen gedacht, denen der Betrieb dient, sondern an die Eigenart der Betriebe selbst. Dort, wo große künstlerische Tendenzbetriebe einen Aufsichtsrat haben, wird kein Grund vorliegen, den Betriebsrat nicht vollberechtigt im Aufsichtsrat mitwirken zu lassen. Anders in den Betrieben politischer Parteien. Hier werden sich die Beratungen in den Aufsichtsräten nicht streng an die geschäftlichen Vorkommnisse halten können, es werden vielfach Dinge politischer, insbesondere parteipolitischer Art, zur Sprache gebracht werden müssen, die mit Wohl und Wehe des Betriebes eng zusammenhängen. Zumeist werden es ganz interne Angelegenheiten politischer Art sein, über die gesprochen wird. Welcher Partei wird aber zugemutet werden können, in dieser Beziehung Angehörige anderer Parteien bei allen Sitzungen gleichberechtigt hinzuzuziehen? Selbst wenn das Gesetz dies vorschriebe, würde sich naturnotwendig ergeben, daß die Sitzung in offizielle und solche anderer Art geteilt würden. Das wäre ungesetzlich, aber gerade hier so selbstverständlich, daß die Parteien, die letzten Endes doch die Gesetze machen, den Aufsichtsräten in den Betrieben allgemein wirtschaftlicher Art ein schlechtes Beispiel geben würden, dessen Nachahmung sie nicht oder doch nicht mit dem erforderlichen Nachdruck bekämpfen könnten. Hier ist reine Bahn geboten, und deshalb die Einschränkung. Diese soll den betreffenden Arbeitnehmern kein schlechtes Zeugnis ausstellen, aber wohl selten ist zu einer Zeit so offenbar geworden, wie gerade jetzt, daß dort, wo Fanatismus und Verstand im Kampf liegen, der Fanatismus der stärkere ist. Aehnlich wie beim Aufsichtsrat ist es bei der Vorlegung der Bilanz.

Das für Betriebe politischer Parteien gilt, gilt natürlich nicht für alle Betriebe, die politischen Bestrebungen dienen. Wenn ein Privatunternehmer mit der Politik Geschäfte macht, indem er ein Parteiblatt herausgibt, liegt kein Grund vor, ihn anders zu behandeln, wie jeden anderen Unternehmer. Darum redet hier das Gesetz von der Eigenart des Betriebes.

Wenn auch bei der Einstellung gewisse Rücksichten vorgesehen sind, so trifft das, da der technische Betrieb unberührt bleibt, weil nicht in ihm die Eigenart der Bestrebungen liegen, die Arbeiter überhaupt nicht. Eine Rolle spielt diese Frage bei den Angestellten, und zwar auch wieder nur bei denen, die solche Stellungen bekleiden, die der Eigenart der Bestrebungen dienen. In Zeitungen bei den Redakteuren und Geschäftsführern, in künstlerischen Richtungsbetrieben, bei denen, die Unterricht erteilen usw. Von demselben Gesichtspunkt ist auch der Einspruch bei Entlassungen zu betrachten.

Wer die Dinge nimmt, wie sie sind, wird die für die Tendenzbetriebe vorgesehenen Einschränkungen nicht nur notwendig, sondern auch für so geringfügig halten, daß er die Aufregung, die hier und da herrscht, nicht versteht.

Wie die „D. Allgem. Ztg." hört, wird der Reichsfinanzminister heute im Hauptausschuß des Reichstages ausführliche Mitteilungen über die Finanzlage des Reiches machen und dem Ausschuß Vorschläge zur möglichsten Behebung unserer Finanzlage unterbreiten.

Was wird aus Danzig?

Aus Warschau kommt folgende Meldung:

Am 16. und 17. April fanden Besprechungen statt zwischen dem Ministerpräsidenten, dem Arbeitsminister, dem Postminister, General Haller und Tower bezüglich des deutsch-polnischen Abkommens. Sir Reginald Tower teilt die Ansicht der polnischen Regierung, daß Danzig ein wichtiger Hafen Polens werden müsse.

Wieder eine Verschwörung?

Aus Bayern kommt folgende Meldung: In letzter Zeit haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß in der Festungshaftanstalt Niederschönfeld zum Sturz der Regierung und Einführung der Räterepublik ein anscheinend weit verzweigtes hochverräterisches Komplott geplant worden ist. Das im einzelnen festgelegte hochverräterische Unternehmen sollte nach Entwaffnung der Einwohnerwehr ins Werk gesetzt werden. Eine am 17. d. M. in der Festungsanstalt Niederschönenfeld bei den Gefangenen vorgenommene Durchsuchung hat diese Verdachtsgründe bestätigt. Die Untersuchung ist eingeleitet. Die Oeffentlichkeit wird über den Weitergang der Angelegenheit unterrichtet werden. Weitere Nachrichten besagen, daß in diese Angelegenheit Dr. Mühsam, Toller und andere Führer der ehemaligen Münchener Räterepublik beteiligt sein sollen.

Uns erscheinen diese Meldungen ziemlich unwahrscheinlich.

Reformierung der Berliner Sicherheitspolizei.

Im Ministerium des Innern fanden nach dem „Berliner Tageblatt" längere Besprechungen über die Umbildung der Berliner Sicherheitspolizei statt, an denen Geheimrat Proesdorf, Regierungsrat Goslar, sowie die Vertreter der Gewerkschaften teilnahmen. Die Verhandlungen sind noch nicht endgültig abgeschlossen. Die Meldungen der Arbeiter in den Betrieben sind trotz der langen Dienstzeit bisher zahlreich eingegangen. Die Bewerber sollen nach Möglichkeit militärisch vorgebildet sein und müssen sich zu einer zwölfjährigen Dienstzeit verpflichten. Innerhalb des Kommandos der Polizei sollen Gewerkschaftsbeamte namentlich in den Personalabteilungen untergebracht werden. Minister Severing stellte sich gestern den Beamten der Berliner Sicherheitspolizei vor und begrüßte auch die 20 in den Offizierstand erhobenen Unteroffiziere. Der Minister sprach die Erwartung aus, daß die Truppe nach Durchführung der Reformen voll und ganz ihre Schuldigkeit tun werde.

Aehnlich wie aus Berlin wird der „Post" aus Stettin gemeldet, daß Besprechungen des Stettiner Oberpräsidenten und des Polizeipräsidenten mit der Reichsregierung beschlossen wurde, die Stettiner Sicherheitspolizei durch organisierte Arbeiter bedeutend zu verstärken. Sieben Landräte, die sich als nicht zuverlässig genug erwiesen hatten, sollten in den nächsten Tagen abberufen werden. Für die drei Regierungsbezirke Stralsund, Stettin und Köslin sollen Kommissare mit entsprechender Vollmacht des Oberpräsidenten amtieren.

Austritt aus der deutschnationalen Putschpartei.

Die Herren v. Kardorff, v. Dewitz und Arendt vollziehen durch eine öffentliche Erklärung ihren Uebertritt von den Deutschnationalen zu der etwas weniger putschverseuchten „Deutschen Volkspartei" Stresemanns. Ihre öffentliche Begründung dieses Schritts beginnt mit den folgenden Worten:

Das schärfere Hervortreten extrem gerichteter Persönlichkeiten innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei und deren Einflußnahme auf die Entwicklung der Partei veranlaßt uns zu folgender Erklärung:

Wir stehen vorbehaltlos nicht nur in formeller Hinsicht, sondern auch dem Geiste nach auf verfassungsmäßigem Boden. Eine Aenderung der Verfassung darf nur auf gesetzlichem Wege erfolgen. Wir verurteilen jeden Versuch einer gewaltsamen Aenderung der Verfassung auf das schärfste.

Deutlicher kann man nicht sagen, daß das Ableugnen der deutschnationalen Schuld am Kapp-Putsch nur scheinheiliges Gerede ist. Und die Herren Kardorff und Genossen müssen es als bisherige Mitglieder der deutschnationalen Partei doch wissen!

Die Internationale der Soldaten.

Im „Vorwärts" lesen wir folgenden Bericht über eine auf besuchte Versammlung, die der Friedensbund der Kriegsteilnehmer in Berlin veranstaltete. Einleitung und Höhepunkt der Veranstaltung bildete die Vorlesung eines Manifestes von Henri Barbusse an den „Friedensbund der Kriegsteilnehmer" durch Konrad Veidt. Der Eindruck der starken und schönen Worte des bekannten französischen Dichters und Sozialisten war ein gewaltiger. Wir werden, wenn irgend möglich, das Manifest in nächster Zeit abdrucken. Dann sprach Karl Veiter über die Ziele des Friedensbundes, der eine Weltkameradschaft aller ehemaligen Soldaten zum Kampfe gegen den Krieg erstrebt. Nach ihm kam Annax Wrobel zum Wort, der mit packender Kolzerichtigkeit und feinem Sarkasmus das Wesen des preußisch-deutschen Militarismus verallgemeinerte. Besonders das Verhalten Ludendorffs fand das verdiente vernichtende Urteil, ohne daß der Redner wünschte, Herrn Ludendorff an der Laterne zu sehen, „denn es wäre schade um die Laterne". Hauptmann Meyer sprach über Entmilitarisierung. Er hielt die Reichswehr für unnötig und schädlich; eine starke Polizeitruppe müsse genügen, um der Allgemeinheit Schutz gegen Verbrecher und politische Tollköpfe zu bieten; die Reichswehr könne es nicht, das habe sie bewiesen. Emil Rabold und Artur Zickler sprachen über den Kapp-Putsch und die Vorgänge im Ruhrrevier. Beide gaben in der Verurteilung der Putschisten und dem Verlangen nach Beseitigung aller Möglichkeiten einer Wiederholung des Verbrechens einander nichts nach. Nur glaubte Zickler im Gegensatz zu Rabold einen roten Militarismus ablehnen zu müssen, wie er auch bewaffnete Aufstände gegen die Reichswehr für die Arbeiterschaft verhängnisvoll hält. Im Schießen werden die Reaktionäre immer über sein. Das Proletariat hat andere, edlere und stärkere Waffen, wie der Generalstreik bewies. Als letzter Redner ersuchte Heydenreiher die Versammelten, im Wahlkampfe nur antimilitaristischen Parteien die Stimme zu leihen. Nachdem noch eine Botschaft russischer Kriegsteilnehmer verlesen worden war, wurde die Abfendung eines telegraphischen Grußes an die französischen Kameraden beschlossen.

Milde Richter.

Am Freitag, den 16. März wurde von der 6. Strafkammer des Berliner Landgerichts I wegen der bekannten Vorfälle im Hotel Adlon das Urteil gefällt. Entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts wurde Prinz Joachim Albrecht wegen versuchter Nötigung zu 500 Mk. Geldstrafe, Rittmeister von Platen, ebenfalls wegen versuchter Nötigung zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Das Urteil gegen den Prinzen Gottfried zu Hohenlohe-Langenburg, gegen den der Staatsanwalt vier Monate Gefängnis beantragt hatte, lautete auf 1000 Mk. Geldstrafe wegen Körperverletzung.

Vor derselben Strafkammer, vor der der Prozeß Erzberger-Helfferich verhandelt worden ist, standen als Angeklagter Prinz Joachim Albrecht von Preußen, Rittmeister von Platen und Erbprinz Gottfried von Hohenlohe-Langenburg wegen der betrunkenen Prügelei im Hotel Adlon. Natürlich leugneten die drei „Edelerbotenmen" und der Erbprinz, der mit seinem ausgezogenen Schuh auf die Franzosen eingeschlagen hat, erzählt tiefernst dem Gericht, daß irgendein Fremder ihm den Schuh vom Fuß gezogen haben müsse. „Helden" im Adlon und „Helden" vor Gericht!

Aber das Schönste an der Verhandlung ist doch der Herr Landgerichtsdirektor Baumbach, derselbe, der den Prozeß gegen Helfferich leitete, d. h. daraus einen Prozeß gegen Erzberger machte. Herr Baumbach wiederholt bei jeder Frage an den ersten Angeklagten die Anrede „Eure Königl. Hoheit", und die anderen Angeklagten sind ihm „Eure Durchlaucht" und „Herr Rittmeister". Eine Aeußerlichkeit, gewiß; vielleicht eine bloße Höflichkeit, die grundsätzlich jeder Richter gegen jeden Angeklagten bis zum Urteil wahren soll. Aber wir sind ganz gewiß, daß Herr Baumbach den Kläger und Zeugen Erzberger nicht immer „Herr Reichsfinanzminister" genannt hat. Wir entsinnen uns deutlich, daß er ihn sogar wiederholt recht unhöflich anredete und einmal kurzerhand „Angeklagter" zu ihm sagte. Ein Irrtum, gewiß; und ein Irrtum kann schließlich auch dem besten Richter passieren.

Aber aus Höflichkeit und Irrtum ziehen wir unsere Schlüsse. Nach dem Auftreten in diesen beiden Prozessen wissen wir vom Herrn Landgerichtsdirektor Baumbach, daß er ein fanatischer Deutschnationaler und Monarchist ist und daß es ihm — den besten Willen vorausgesetzt — trotzdem nicht gelingt, den objektiven Richter über den Parteimann zu stellen. Leider sind 99 Prozent der deutschen Richter vom gleichen Kaliber, und die Urteile sind nicht besser als wie die Urheber. Das fast vollständige Fehlen wirklich objektiver Richter ist eines der größten Erschwernisse für den Aufbau der deutschen Volksrepublik als eines wirklichen Rechtsstaates.

Kurze Notizen.

Laut „Berl. Tageblatt" verlautet, daß der Reichsausschuß des Zentrums sich gestern mit einer überwiegenden Mehrheit gegen eine Reichstags-Kandidatur Erzbergers ausgesprochen habe.

Der Schandfleck.

Roman von Ludwig Anzengruber.

17. Fortsetzung.

„Heiraten willst?" fragte der Bauer mit langem Gesichte.

„Ja," sagte der Bursche.

„Hast dir vielleicht schon eine ausgesucht?"

Leopold lachte.

„Schau', schau', wer wär' denn die nachher?"

„Weißt, — die Melzer Seferl möcht' mir gerade anstehen?"

„Die Melzer Seferl?!" Der Alte sah seinem Sohne gerade in das Gesicht, und als er merkte, derselbe spaße nicht, kehrte er ihm den Rücken zu und brummte: „Mußt' heiraten, so such' dir was anderes; daraus wird nichts, all' mein Lebtag nicht!"

„Warum nicht, Vater? Ich werd' doch den Grund wissen dürfen?"

„Einen Grund?! Ich frag', wer möcht, die als Schwiegertochter in sein Haus aufnehmen — und vielleicht noch ihre Mutter, die alte Hexe, als Daraufgabe dazu, nicht? Bub', du bist verrückt! Weißt du denn nicht, daß die Leut' da herum viel von ihr zu reden wissen, nur nichts Gutes?"

„Oft reden die Leut' gar viel," sagte Leopold trotzig.

„Aber da nicht mit Unrecht, und wär' da auch nur ein Dritteil von dem Gerede wahr, mehr braucht sich einer gra nicht zu verlangen."

„Und wär' das Ganze wahr, alles miteinander, so möcht' ich doch wissen, wen in der Welt das was anginge, wenn es mir recht ist und ich mir nichts daraus mach'."

„Du trauriger Hase, ich merk', dich haben sie schön in Mär geschickt."

Es war beleidigend für den Burschen, hören zu müssen, er handle in dieser Angelegenheit wohl nicht ganz nach freiem, eigenem Antriebe, doppelt beleidigend, weil es zufällig die Wahrheit war, und so sagte er denn ganz zornig: „Und ich heirate sie doch!"

„Das tu' nur, aber verheiratet wirst du schwer als Knecht bei einem Bauer ein Unterkommen finden, denn auf meinen Hof sollst du mir dann nicht, weder so lang ich die Augen offen habe, noch wenn ich sie einmal schließe."

„So, so," sagte der Bursche, dem vor Aufregung die Stimme stockte, „überleg' dir es halt, ob du dein Kind bei fremden Leuten als Knecht wissen willst."

Da zuckte der alte Reindorfer die Achseln. „Du hast wohl über den Durst getrunken; schlaf' vorehe deinen Rausch aus und komm' mir dann nüchtern wieder." Damit ging er von seinem Sohne.

Als am anderen Tage der junge Reindorfer wieder in das Häuschen der alten Melzerin trat und die Josefa sagte, er käme ihr ganz anders vor als den Abend vorher, da war ihm leicht abzufragen, was ihm mit seinem Vater begegnet war und wie dieser durchaus gegen die geplante Heirat sei.

Es wurde aber dem Leopold zugeredet, er möge sich, wenn er die Josefa wirklich gern hätte, doch von dem ersten widrigen Erfolge nicht abschrecken lassen, auf einen Streich fälle man ja keinen Baum, und er solle nur seinem Vater beharrlich wegen der Sache anliegen, der werde es endlich doch müde werden, sich dagegen zu setzen, wenn er sehen würde, wie wenig ihm das eigentlich nütze. Ernst könne ja seine Drohung mit dem Verstoßen und Enterben doch nicht gemeint sein, denn man wisse ja, daß er seinen Sohn lieb hätte, und mit Recht, denn Leopold wäre auch ein Bursche, der es verdient, auf den seine Eltern stolz sein könnten, denn ihn hätten sie auch alle Leute lieb. Freilich waren von den gesamten Leuten nur die alte Melzerin und deren Tochter anwesend.

Von da an begann die Entfremdung zwischen Vater und Sohn, von da an wechselten fortwährend Bitten und Abweise, Vorwürfe und Anklagen, Bestürmungen und Drohungen, von da an lauerte und hoffte Leopold auf irgendein Begebnis, das er nützen könne oder das ihm Nutzen brächte, wodurch sich alles ändere, und geschähe das durch eine schwache Stunde seines Vaters oder durch seine letzte!

„Man hat auch sein Kreuz mit einem Burschen, der weiberschen ist," seufzte der Alte, „versteht sich schaffen nicht auf den Fang, wird er leicht selber gefangen!"

Vorläufig dachte er daran, sich Ruhe zu schaffen und Zeit zu gewinnen. Und so sagte er denn eines Tages, als Leopold wieder betreuerte, von seiner Seferl nicht lassen zu können: „Schau, was hilft jetzt alles Herumreden, die Ernte ist vorüber und die Einberufung zur Waffenübung vor der Tür. Vorher läßt sich ja doch nichts vereinbaren und abtun, zu was wollen wir es also Rede haben und uns Tag für Tag darum zerzagen? Kommst du wieder heim und hast deinen Sinn nicht geändert, ist noch Zeit genug, daß man darüber redet."

Da der junge Reindorfer sich nicht hinter seine Mutter stecken konnte, welche in dem Punkte ganz einer Meinung mit dem Alten war, so sah er selbst ein, daß sich vor seiner Wiederkehr nichts werde richten lassen, er beschloß, bis dahin keine unnützen Worte zu machen, sondern erst dann, durch seinen unveränderten Entschluß, dem Vater zu zeigen, daß er einen Buben habe, der auf dem besteht, was er sich einmal in den Kopf setzt, und daß es da wohl heißt, als der Klügere nachgeben.

Dieser stillschweigend eingegangene Waffenstillstand auf dem Reindorferhofe genoß zwar nicht die Billigung der Zuwohner des kleinen baufälligen Häuschens im Orte, denn er rückte das erwünschte Ziel wieder um eine Spanne Zeit hinaus, aber wie bedenklich auch die alte Melzerin tun mochte, Josefa sorgte nicht, sie war ihres Leopold sicher.

Als der Tag kam, an dem die Reservisten nach dem Orte der Einberufung abziehen mußten, da gab Josefa dem jungen Reindorfer eine Strecke Weges das Geleit, und als sie mit verweinten Augen zu ihrer Mutter zurückkehrte, da stellte sich diese mit gefalteten Händen vor sie und sagte: „Dirn', um Gottes willen, nur diesmal verhalte dich gescheit!"

Auch der Busch in der Nähe des Reindorferhofes hatte schon längere Zeit nicht mehr Tag um Tag den Zuspruch des lang aufgeschossenen Jungen und des spaßhaft hageren Mädchens, welche sonst immer mit ihrem Schulsäcken des Weges daherkamen. Beide waren der Schule entwachsen und das Mädchen wohl auch den Kinderschuhen; denn es war völlig stark geworden und verglich sich im stillen schon mit den anderen Dirnen des Ortes.

Jetzt sahen sich die beiden jungen Leute nur noch Sonntags in der Kirche, und nur manchmal, wenn ihre Eltern von der nachmittägigen Christenlehre wegblieben, konnten sie die gewohnte Strecke Weges miteinander gehen; aber nunmehr fühlten sie sich schon etwas selbständiger, vergaßen ganz — wie die Welt schon undankbar ist — den altergetreuen Busch und gingen achtlos an ihm vorüber.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200420-16/fragment/page=0002

Die diesjährige internationale Arbeitskonferenz der durch den Friedensvertrag geschaffenen Internationalen Organisation der Arbeit, die im vorigen Jahre in Washington stattfand, wird wie die V. P. N. erfahren, vom 15. Juni an in Genua stattfinden. Die Konferenz, zu der im vorigen Jahre je zwei Vertreter der Regierungen und ein Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer delegiert wurden, wird sich insbesondere mit dem Achtstundentag und der Internationalen Seemannsgesetzgebung befassen.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, 19. April. 165. Sitzung. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten.

Dritte Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Grundschulen und die Aufhebung der Vorschulen.

Abg. **D. Mumm** (Dn.) befürwortet eine Anzahl Anträge seiner Partei, die unter anderm den Religionsunterricht als ordentlichen Lehrgegenstand festlegen wollen. Dies entspreche den Forderungen der Verfassung. Ferner wollen sie die Rechte der Vorschullehrer wahren, und endlich soll der Privatunterricht möglichst unbeschränkt zugelassen und Gründe des Gewissens dabei anerkannt werden.

Abg. **Brockhaus** (Dem.) bittet, die Anträge abzulehnen, da die Verfassung alles Nötige bestimmt.

Abg. **Zörbel** (Dem.) stimmt dem zu.

Reichsminister Koch: Der erste Antrag der Rechten betreffend den Religionsunterricht ist durch die Bestimmungen der Verfassung erledigt. Das Ministerium des Innern hat sich unparteiisch und eifrig bemüht, durch Verhandlungen mit den Ländern überall dem Geist der Verfassung zu seinem Rechte zu verhelfen. Die Rechte der Vorschullehrer sind nicht gefährdet. Der dritte Antrag ist überflüssig.

Abg. **Dr. Runkel** (D. Vpt.) spricht für die Anträge.

Die Anträge der Rechten werden abgelehnt. Das Gesetz wird in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Es folgt die erste Beratung eines Gesetzentwurfs über die Versorgung von Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen (bei Dienstbeschädigung (Reichsversorgungsgesetz).

Das Gesetz wird dem siebenten Ausschuß überwiesen.

Morgen 1 Uhr: Anfragen. Interpellation Eupen-Malmedy und Interpellation Durchgangsverkehr nach Ostpreußen und anderes.

Schluß 4¼ Uhr.

Aus dem Verbreitungsbezirk.

Beamte und Maifeier.

Als würdigste Form der Maifeier hat die Sozialdemokratische Partei stets die Arbeitsruhe angesehen. Deshalb ist auch für dieses Jahr wieder von der Partei die Aufforderung zur Arbeitsruhe ergangen. Natürlich ist klar, daß die Arbeitsruhe nicht schablonenmäßig durchgeführt werden kann, weil Rücksicht auf die lebenswichtigen Betriebe genommen werden muß. Darüber herrscht einmütige Auffassung in allen Kreisen der Arbeiter, Beamten und Angestellten. Für die Bahn- und Postbetriebe empfehlen wir unseren dort beschäftigten Genossen zum 1. Mai den sogenannten

Sonntagsdienst

zu beantragen, dasselbe kann auch in sonstigen lebenswichtigen Betrieben geschehen. Unsere Genossen in den Gemeindevertretungen, besonders die Stadtverordneten, ersuchen wir, durch einen Dringlichkeitsantrag für den Sonntagsdienst am 1. Mai einzutreten.

Sozialdemokratischer Bezirksverband Halle.
J. A.: R. Drescher.

Naumburg. Provozierung der Arbeiterschaft durch Gefangenenmißhandlungen. In Naumburg und Umgegend herrscht die Ordnungsbestie in ihrer scheußlichsten Form. Tagtäglich dringen die Rufe der unter den Fäusten von Barbaren blutenden Volksbrüder zu uns. Im Gefängnis von Naumburg ist unser Genosse Köber aus Flemmingen von neuem mit noch anderen Leidensgenossen in der ärgsten Weise mißhandelt worden. Reichswehrsoldaten und Offiziere sind es, die sich bei diesen Mißhandlungen ganz besonders hervortun. Dem Gen. Köber ist bereits infolge der brutalen Behandlung die Kinnlade zertrümmert worden. Er hat seiner Mutter mitgeteilt, daß er und seine Genossen die Gefängnisräume wahrscheinlich nicht mehr lebend verlassen werden. Gen. Köber hat eine alte Mutter von 70 Jahren zu ernähren. Wir fragen an: Was gedenken die verantwortlichen Stellen zu tun, um künftig solche Rohheiten zu verhindern? Ist man seitens dieser Stellen bereit, sofortige Schritte zu unternehmen, die Gefangenen zu schützen und sie möglichst bald zu befreien? Die Inhaftierten müssen sofort besichtigt und die Täter bestraft werden. Die Naumburger Arbeiterschaft verlangt endlich energische Taten. Sie schreckt nicht davor zurück durch einen neuen Streik Mißhandlungen an den Gefangenen zu verhindern.

Dankeroda. Oeffentliche Versammlung. Am Sonnabend fand im Stützerschen Gasthof eine von dem Königeröder Ortsverein einberufene öffentliche Versammlung unserer Partei statt. Der Referent Gen. W. Studt sprach über das Thema „Die kommenden Wahlen". Klar und scharf meißelte er das Programm der Partei heraus und rechtfertigte unsere bisherige Politik. Scharf wandte er sich besonders gegen die Rechtsparteien, aber auch die Stagnationspolitik der U. S. P. und Kommunisten verwarf der Redner und legte auseinander, wohin es führen müßte, wenn auch wir eine solche Politik mitmachen würden. Reicher Beifall lohnte den Referenten. In der Diskussion wurde ausschließlich den Ausführungen zugestimmt. Auch kein Unabhängiger wußte daran etwas auszusetzen. Im Schlußwort klärte dann Gen. Studt auf Wunsch noch verschiedene Punkte aus der Kappepisode.

Schildau. Generalversammlung. Am Sonnabend abend fand im Lokal des Gen. Heberock unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Gen. Münckner erstattete den Jahresbericht und gab einen kurzen Ueberblick über die Mitgliederbewegung. Die Vorstandswahl ergab die einstimmige Wiederwahl der Gen. Münckner als 1. Vors. und des Gen. Rasenberger als 2. Vors. Als Kassierer wurde Gen. Richard Giedo und als Schriftführer Gen. Carl Haase sen. einstimmig neugewählt. Zu Revisoren wurden wiedergewählt die Gen. C. Kanitz und Artur Berger. Als Beisitzer sind die Gen. Otto Klemm und Carl Schumann neugewählt worden. Zur Maifeier wurde beschlossen, diesmal mit der U. S. P. zusammen zu feiern. Es wurde ein Festausschuß von vier Genossen und zwei Genossinnen dazu bestimmt. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen. Es fand nach dieser Sitzung eine Zusammenkunft mit der U. S. P. statt, in der folgender Beschluß gefaßt wurde: 2 Uhr Festzug nach dem Marktplatz dort Festrede, Umzug durch die Stadt nach dem Schützenhause, hier finden Kinderbelustigungen und Festball in zwei Sälen statt. Es werden dazu einheitliche Festzeichen ausgegeben, die zur Teilnahme in beiden Sälen berechtigen. Alles Nähere ergeben die Festausschußsitzungen.

Wirtschaftliches.

Die Weltversorgung mit Kohle.

Folgende Uebersichten der wichtigsten Kohle erzeugenden und verbrauchenden Länder (ohne Nordamerika) seien nach der „Neuen Züricher Ztg." wiedergegeben (in 1000 t):

	Förderung		Ausfuhr		Mehrbedarf
	v. d. Krieg	n. d. Krieg	v. d. Krieg	n. d. Krieg	n. d. Krieg
England	287 412	214 000	76 689	—	—
Deutschland	191 500	91 500	34 880	23 500	48 300
Kanada	14 000	14 000	2 062	2 062	16 056
Südafrika	9 000	9 000	869	869	—
Indien	17 000	17 000	736	735	—
China	—	—	1 515	1 515	3 135
Japan	21 415	28 000	3 906	3 906	—
Australien	12 417	12 417	2 136	2 136	—
Frankreich	41 000	46 000	1 044	—	17 000
Belgien	23 000	14 000	4 974	—	12 000
Holland	1 843	1 800	6 040	—	8 000
Polen	7 000	50 000	—	40 000	—
Insgesamt:	625 587	497 717	134 850	98 223	104 488

Fehlmenge der übrigen Länder (in 1 000 t):

Schweiz	1 722
Portugal	1 223
Gibraltar	361
Spanien	3 226
Dänemark	3 434
Norwegen	2 391
Schweden	5 181
Italien	12 017
Malta	1 186
ehemaliges Oesterreich-Ungarn	13 782
Griechenland	767
Bulgarien	51
Rumänien	301
Rußland	8 804
Nordafrika	6 336
Süd- und Mittelamerika	11 994
Asien	1 347

Gewerkschaftliches.

Deutscher Beamtenbund und politische Parteien.

Der Geschäftsführende Vorstand des Deutschen Beamtenbundes beschäftigte sich in der Sitzung vom 13. April mit der Stellung des Bundes gegenüber den Gewerkschaften und den politischen Parteien, wie sie in verschiedenen Kundgebungen der letzten Zeit zum Ausdruck gebracht war. Nach eingehender Aussprache wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Der Deutsche Beamtenbund hält es für notwendig in allgemeinen Arbeitnehmerfragen — unter Ausschluß parteipolitischer Fragen — mit sämtlichen Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten zusammen zu arbeiten.
2. Eine Beteiligung des Beamtenbundes an gewerkschaftlichen Aktionen darf nur erfolgen, wenn politische Parteien dabei nicht mitwirken.
3. Unterzeichnung von Aufrufen, Erklärungen usw. darf nur nach Zustimmung des Vorstandes erfolgen.
4. Ein außerordentlicher Bundestag wird innerhalb kürzester Frist, spätestens im Monat Mai einberufen.
5. Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes stellen dem außerordentlichen Bundestag insgesamt ihre Aemter zur Verfügung.

Eingesandt.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung)

Aeußerungen verschiedener hiesiger wohlhabender Bürger nötigen den unterzeichneten Bund zu folgenden Zeilen:

Der Reichsbund ist parteipolitisch vollständig neutral, er hat deshalb mit allen politischen Bewegungen der jetzigen Zeit nicht das Geringste zu tun. Nun wird von verschiedenen Leuten hier am Orte behauptet, der Kriegsbeschädigten-Bund habe mit zum Streike der letzten Zeit gehetzt. Die Absicht dieser vollständig aus der Luft gegriffenen Aeußerung ist jedem unbefangen Denkenden klar. Man will den Reichsbund in der öffentlichen Meinung herabsetzen da man sein Wirken in gewissen Kreisen für unbequem hält. Bei Beginn des Krieges hat man so viel vom „Dank des Vaterlandes" geredet, und da es nun gilt, diese Phrase in die Tat umzusetzen, da findet man Ohren und Taschen zugeknöpft. Hiesige Bürger haben sie sogar die Kriegsbeschädigten — Kriegsgewinnler genannt. Grund: Die Kriegsbeschädigten bekommen ja ihre hohe (!) Rente. Diesen Monat haben sie sogar die dreifache Rente erhalten. Und immer noch sind sie nicht zufrieden, sie wollen sogar Holz zu billigeren Preisen haben, sie verlangen Reichsware, und was das Unverschämteste ist, sie kommen nicht mehr als demütige Bittsteller, wie sich das doch noch aus alten Zeiten für einen Krüppel gehört, sie verlangen Mitbestimmung bei aller Fürsorge für sie. So und ähnlich hört man reden. Und von wem? Gerade von Leuten, die sich während des Krieges auf alle mögliche Weise vom Frontdienst gedrückt haben, die am Biertisch den großen Mund geführt haben dort unübertreffliche Schlachtenpläne entwarfen und auf die geringen Fortschritte der kämpfenden Truppen schimpften Leute, die daheim in Sicherheit große Gewinne einstecken konnten, während wir Kriegsbeschädigten unsere gesunden Glieder für ihre Sicherheit opferten, regen sich am meisten über die Kriegsbeschädigten auf. Jetzt soll die vielversprochene Dankbarkeit gezeigt werden, aber mit der ist man nur groß, so lange sie mit leeren Worten abgemacht werden kann, sobald es an den Geldbeutel geht, da ist es damit vorbei.

Ihnen allen sei gesagt, daß sich der Reichsbund niemals zu politischen Zwecken gebrauchen lassen wird, mögen die Versuche von einer Partei kommen, von welcher sie wollen. Unsere Ziele sind, unsere wirtschaftlichen Interessen zu wahren und unsere Rechte zu sichern. Davon werden wir uns allerdings niemals abbringen lassen. Es ist ja in letzter Zeit vorgekommen, daß man Kriegsbeschädigte auf alle mögliche Weise beiseite zu schieben sucht. Dagegen werden wir uns wehren und wir werden unser Recht finden!

Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen Ortsgruppe Könnern und Umgebung.

Versammlungs-Kalender

Bitterfeld. Generalversammlung am Donnerstag, den 22. April 1920 abds. 7 Uhr, im Bürgergarten. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Vortrag über die kommende Reichstagswahl. Ref. Gen. Pikart-Halle. Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich.

Der Vorstand.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Paul Täumel; für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzog, beide in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle. Gr. Ulrichstr. 27.

Kleines Feuilleton.

Ueber den historischen Materialismus.

Nach unveröffentlichten Briefen Friedrich Engels.

Von Dr. Werner Peiser.

Die Verwirrung innerhalb der Sozialdemokratie ist so groß und die Angriffe gegen ihr theoretisches Lehrgebäude, denen sie von rechts und links ausgesetzt ist, sind so zahlreich, daß es lohnt, wieder einmal auf Kernfragen des Sozialismus einzugehen. Auch hier zeigt sich das alte Erfordernis, daß wahrhaft wissenschaftliche Forschung auf die Quellen zurückgehen müsse, um produktive Ergebnisse zu fördern. Ein freundlicher Zufall fügte es, daß ich durch meinen Redaktionskollegen, Dr. Franz Diederich, dieser Tage einige Briefe von Friedrich Engels zu eigen erhielt, die in einem Privatdruck nur in ganz wenigen Exemplaren vorhanden sind und deshalb besonderes Interesse für sich in Anspruch nehmen dürften. Sie sind besser geeignet als ausführliche Geschichtswerke, die Ansicht unseres großen Friedrich Engels über die von ihm und Marx so benannte „materialistische Geschichtsauffassung" klarzulegen. Die Briefe stammen durchweg aus dem Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Auch heute noch suchen bürgerliche Oekonomen uns mit den gleichen Mitteln zu bekämpfen, die schon vor Jahrzehnten beliebt waren. Sie erklären den historischen Materialismus für falsch, weil er das gesamte Geschehen ausschließlich auf ökonomische Ursachen zurückführe. Dem Hauptsprecher dieser Richtung, dem Leipziger Dozenten Dr. Paul Barth, der in seiner Schrift als „Widerleger" der Marx-Engelsichen Geschichtsauffassung aufgetreten war, erwidert Engels:

> Wenn Barth meint, wir leugneten alle und jede Rückwirkung der politischen usw. Reflexe der ökonomischen Bewegung auf diese Bewegung selbst, so kämpft er einfach gegen Windmühlen.

In einem anderen Briefe, den unser Meister an Studenten schrieb, die sich um Auskunft an ihn wandten, führt er folgendes einleitend aus:

> Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte der Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Ueberbaues — politische Formen des Klassenkampfes und seiner Resultate — Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. — Rechtsformen und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren weitere Entwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf ihrer geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten (d. h. von Dingen und Ereignissen, deren innerer Zusammenhang untereinander so entfernt oder so unnachweisbar ist, daß wir ihn als nicht vorhanden betrachten, vernachlässigen können) als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt.

Den Begriff der Wechselwirkung hält Engels für so wichtig für die von ihm gelehrte Geschichtsbetrachtung, daß er auf ihn immer erneut zurückkommt. So führt er in einem anderen, im Jahre 1894 gleichfalls an einen ratsuchenden Studenten gerichteten Brief folgendes aus:

> Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische usw. Entwicklung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch auf einander und auf die ökonomische Basis. Es ist nicht, daß die ökonomische Ursache allein aktiv ist und alles andere nur passive Wirkung. Sondern es ist Wechselwirkung auf Grundlage der in letzter Instanz sich stets durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit.

Es ist dem Sozialismus oft zum Vorwurf gemacht worden, daß seine entscheidene Betonung des wirtschaftlichen Moments einen gewissen Fatalismus herbeiführen geeignet sei, weil unsere Auffassung von dem dialektischen Gang der Entwicklung die positive Mitwirkung der Menschen ausschalte oder doch im wesentlichen überflüssig mache. Diese Anschauung aussprechen bedeutet, das Wesen des historischen Materialismus verkennen. Die Mitwirkung der Menschen als der Träger des Produktionsprozesses wird von Engels, im Verlaufe des einen kurzen Briefes dreimal hervorgehoben:

> Es ist ... nicht, wie man sich hier und da bequemerweise vorstellen will, eine automatische Wirkung der ökonomischen Lage, sondern die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu auf Grundlage vorgefundener tatsächlicher Verhältnisse, unter denen die ökonomischen, so sehr sie auch von den übrigen politischen und ideologischen beeinflußt werden mögen, doch in letzter Instanz die entscheidenden sind und den durchgehenden allein zum Verständnis führenden roten Faden bilden.

In diesem Zusammenhang kommt Engels auf die Frage des Einflusses der Einzelpersönlichkeit auf den Verlauf der Geschichte zu sprechen, und da über diesen Punkt auch heute noch in den Kreisen unserer Parteigenossen und erst recht bei unseren bürgerlichen Gegnern große Unklarheit herrscht, dürfte die Einstellung dieser Männer in die Gesamtwertung von Interesse sein.

> Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber bis jetzt nicht mit Gesamtwillen nach einem Gesamtplan, selbst nicht in einer bestimmt abgegrenzten gegebenen Gesellschaft. Ihre Bestrebungen durchkreuzen sich, und in allen solchen Gesellschaften herrscht eben deswegen die Notwendigkeit, deren Ergänzung und Erscheinungsform die Zufälligkeit ist. Die Notwendigkeit, die hier durch alle Zufälligkeit sich durchsetzt, ist wieder schließlich die ökonomische. Hier kommen dann die sogenannten großen Männer zur Behandlung. Daß ein solcher und gerade dieser zu dieser bestimmten Zeit in diesem gegebenen Lande aufsteht, ist natürlich reiner Zufall. Aber streichen wir ihn weg, so ist Nachfrage da für Ersatz, und dieser Ersatz findet sich, tant bien de mal (wohl oder übel), aber er findet sich auf die Dauer. Daß Napoleon, gerade dieser Korse, der Militärdiktator war, den die durch eigenen Krieg erschöpfte französische Republik nötig machte, das war Zufall; daß aber in Ermangelung eines Napoleon ein anderer die Stelle ausgefüllt hätte, das ist bewiesen dadurch, daß der Mann sich jedesmal gefunden, sobald er nötig war: Cäsar, Augustus, Cromwell usw. Wenn Marx die materialistische Geschichtsauffassung entdeckte, so beweisen Thierry, Mignet, Guizot, die sämtlichen englischen Geschichtsschreiber bis 1850, daß darauf angestrebt wurde, und die Entdeckung derselben Aufgabe durch Morgan beweist, daß die Zeit für sie reif war und sie eben entdeckt werden mußten.

Es ist im Rahmen dieser Ausführungen nicht möglich, auf weitere Aeußerungen unseres großen Lehrers einzugehen, so lockend auch diese Aufgabe ist. Schon diese kurzen Zitate dürften den Nachweis erbracht haben, daß der historische Materialismus anders aussieht, wie er sich in den Köpfen seiner Gegner darstellt, und diesen möchten wir den Rat geben, den Engels in einem der hier erwähnten Briefe seinen Schülern gibt: „Des weiteren möchte ich Sie bitten, diese Theorie in Originalquellen und nicht aus zweiter Hand zu studieren, es ist wirklich viel leichter."

Stadttheater. Heute Dienstag, abends 7 Uhr gelangt das Trauerspiel „Wozzeck" von Georg Büchner zur Aufführung. Mittwoch „Königskinder", Donnerstag „Die heimliche Ehe", Freitag „Helden", Sonnabend „Der Wildschütz", Sonntag nachmittag Volksvorstellung „Der Widerspenstigen Zähmung", Sonntag abend „Tiefland".

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200420-16/fragment/page=0003

Walhalla-Operettentheater.
½8 Uhr:
Heute Premiere!
Eine Nacht in Venedig.
Operette vom Walzer-König **Johann Strauss.**
Kasse 10-1½ u. 4-5½.

Stadt-Theater
Mittwoch, den 21. April, Anfg. 7 Ende 10½ Uhr:
Königskinder.
Donnerstag: **Die heimliche Ehe.**

Reparaturen an Uhren
übernimmt bei solider Ausführung zu normal. Preisen
H. Lerner, Uhrmacher.
Gr. Steinstraße 83
(gegenüber Bar überstraße).

Dienstag, den 20. April, abends 8 Uhr, im Neumarkt-Schützenhaus

Große öffentliche Versammlung.

Es spricht Univers.-Professor, Stadtarzt **Dr. von Drigalski** über das Thema:

Märzereignisse

Demokratie und Bürgertum.

Zu dieser Versammlung sind alle Männer und Frauen eingeladen.
Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. erhoben.

Karten im Vorverkauf sind zu haben im Parteibüro, Leipzigerstr. 21 und Filiale der Saale-Zeitung, Gr. Ulrichstraße.

Dauerhafte **Brieftaschen** in prima Leder und allen Preislagen
H. Krasemann, nur Schmeerstr. 19.

Apollo-Theater
Täglich abends 7½ Uhr:
Das Glücksmädel
Baudeville v. Schwarz mit Fanny Köbe und Fritz Schulz.
Vorverk. 9—1 und 5—6.
Schluss der Anzeigen-Annahme 9 Uhr.

GEBR. BLUMENFELD MAGDEBURG
Täglich 7 Uhr.
Mittwoch, 3 Uhr u. 7 Uhr
GADBIN d. Todesverächter
PUPPCHEN d. Opere tempf.
NERO-PLUTO d. dress. Bullen
2 PASCALS, die vorzügl. Fußjongleure.
Mittwoch - Nachmittag ermäßigte Preise.

Neuanmeldung
zur Kundenliste der neuen Kohlenkarten und Bezugsscheine
erbittet die Kohlenhandlung von
Albert Grossmann,
Gr. Gosenstr. 3 u. 4 Tel. 4152 Körnerstr. 31
Schnellste und prompteste Belieferung frei Haus oder ab Lager wird zugesichert.

Sozialdemokratischer Verein für Merseburg - Querfurt - Weissenfels.
2. Unterbezirk.
Sekretariat: Merseburg, Annenstrasse 19. — Telephon 431. —
Versammlungslokal Restaurant „Hohenzollern" Teichstrasse
Mitglieder-Versammlung
jeden Donnerstag nach dem ersten im Monat abends 8 Uhr. ---- Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.
Albert Müller.

Speditions-Verein
Mitteldeutsche Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft
Kohlen-Abteilung
Hafenstr. 21. Fernspr. 5700.
Um eine schnelle Belieferung der
Kohlenkarten für 1920
zu ermöglichen, bitten wir um sofortige Abgabe der Karten nach Erhalt von der Ortskohlenstelle.

Kohlenversorgung 1920–21.
Anmeldungen zur neuen Kundenliste nimmt bis auf weiteres entgegen
Otto Just, Ludw. Wuchererstrasse 45,
Kohlen- und Holzhandlung. Gegründet 1891.
Fernruf 5649.

Zur Maifeier
empfehle
Ansteckblumen, Abzeichen und Kinderbelustigungs-Artikel
Grosse Auswahl bei billigsten Preisen.
Paul Lange, Merseburger Strasse 168, neben dem Apollo-Theater.

Tapeten, Teppiche, Läuferstoffe, Wachstuche
empfiehlt billigst
Hermann Bischoff,
Gr. Klausstr. 4,
Telephon 2120.

Soeben sind erschienen:
Die neuen Steuergesetze
Zweite Reihe
Reichsabgabenordnung
nebst Einführungsordnung
Reichsnotopfer
Umsatzsteuer
Steuernachsicht
zum Preise von Mk. 5.50.
Buchhandlung Volksstimme
Große Ulrichstraße 27.
Bestellungen nehmen auch alle Austräger der Volksstimme entgegen.

Schuhcreme
Marke Weltglanz, prima Qualität, billigst, empfiehlt
Paul Lange,
Merseburgerstraße 168 (Nähe Riebeckplatz).

Kaufgesuche
Zahle die höchsten Preise
für alte Maschinen, Motore, ganze Maschinenanlagen gegen sofortige Kasse.
K. Höhler,
Kleiner Sandberg 23.
Telephon 5192.

Naumburg a. S.
Volksbuchhandlung
Gr. Marienstr. 10, Ecke Markt
empfiehlt
Partei- und alle politische Literatur.
Klassiker, Romane, Zeitschriften.
Kunstmappen.
Schreibhefte, Briefpapier, Postkarten.
Abonnements auf die Volksstimme
werden angenommen.
Zeitungen. Zeitschriften.

Gebrauchte Möbel usw.
kauft stets zu höchsten Preisen
Frau Hornickel,
Große Klausstraße 19.
Telephon 4314.

Jeden Posten Hauslumpen, Wolle und Schafwolle
kaufen zu höchsten Tagespreisen
Kutter & Noack,
Kl. Klausstraße 6.
Telephon 4932.

Pa. Dauerwäsche „Waschbär"
Marke
Form 12 in 5 und 6 cm am Lager.
Dieselbe Form in Papier
Fabrikate Mey & Edlich. 5 cm Dutzend 5.50
Dauerwäsche-Vertrieb
Kleiner Berlin 2, eine Treppe rechts, Ecke Sternstraße.

Weißenfels

Ausgabe von neuen Lebensmittelkarten und der Zuckermarken für Mai sowie Rückgabe der Haushaltbogen.
Mittwoch, den 21. April.
An Tisch I Bezirk IX (bisher Berufsschule Mädchenhaus): Alte Leipzigerstr., Bergstr., Klemmberg, Gr. Burgstr. Hohestraße.
An Tisch II Bezirk X (bisher Merseburgerstr. 50): Rosalistr., Tagewerderstr., Gutenbergstr., Körnerstraße, Rathauerstr., Hospitalstr., Am Mühlberg, Mühlenstr., Cadastraße.
An Tisch III Bezirk XI (bisher Merseburgerstr. 50): Weinbergstr., Kathar nenstr., Nordstr., Burgwerderstr. Feldweg, Am Schlachthof, Schlachthofstr., Wielandstraße.
An Tisch IV Bezirk XII (bisher Merseburgerstr. 50): Schillerstr., Merseburgerstraße, Uhlandstraße, Merkwerderstr., Leipzigstr., An der Marienmühle, Am Herrenberg, Goethestr. und Neumarkt.
Der für die Abholung festgesetzte Termin muß unbedingt eingehalten werden. Aus- und Abmeldungen sind an vorstehendem Ausgabetage nach Möglichkeit zu vermeiden.
Weißenfels, den 16. April 1920.
Der Magistrat.

Ausgabe von kondens. Milch.
Von Donnerstag, den 22. d. Mts. ab findet in nachstehenden Geschäften gegen Vorlegung der Stammkarte der Kindersellschkarten Verkauf von kondens. Milch statt!
Prima Kaffack, Jüdenstraße,
Apotheke Deikskinderhaus, Leipzigerstr.,
Wwe. Reichardt, Saalstraße,
Konsum Schillerstraße.
Auf jeden Abschnitt werden 2 Dosen zum Preise von 3.70 Mk. für die Dose abgegeben.
Weißenfels, den 17. April 1920.
Der Magistrat.

Bei Störungen u. Stockungen der Blutzirkulation gebrauchen Sie sofort stets die seit vielen Jahren erprobten echten **Menstruationstropfen**
„Frebar", extrastark.
Erhöhte, beschleunigte Wirksamkeit durch Doppelflächen extrastark in Verbindung mit Frebar-Pulver oder Frebar-Tee. Erhältlich in allen größeren Apotheken, Drogerien und einschlägigen Geschäften. Hauptdepots: **Adler-Apotheke,** Gelbstr. 15; **Sanitäts-Depot,** Leipzigerstr. 11; **G. Kersjscher,** Leipzigerstr. (Ecke Poststraße); **T. Kleppenbach,** Gr. Ulrichstr. 41. **M. Waltsgott Nachf.** Gr. Ulrichstraße 30. **Albert Schumann,** Steinweg 46/47, **Fritz Speer,** Große Ulrichstraße 63. Generalvertrieb: 33
PHARMACOPIA, Berlin C. 19, Waisstraße 26.

Kunststopfen und Handweberei.
Sämtliche Stopfarten werden der Webart entsprechend wieder hergestellt.
F. R. Ludwig, Krausenstraße 24.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme" zu beziehen.

Stellen finden.
Ordentliche Zeitungs-Austräger
werden gesucht.
Verlag Volksstimme,
Gr. Ulrichstraße 27.

Buchmann & Co.
Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Fernsprecher 1471 **Dessauerstrasse 53** Fernsprecher 4637
empfehlen sich zur Belieferung der neuen
Kohlenkarten und Bezugsscheine!
Annahmestellen:
Kontor, Dessauerstrasse 53, Verkaufsstelle Ludwig Wuchererstrasse 21,
Verkaufsstelle Röderberg 22 (O. Aurisch)
Ernst Franke, Germarstrasse 11
W. Scheibe, Wolfstrasse 11
E. Kleeberg, Hardenbergstrasse 22
A. Herrmann, Landsbergerstrasse 5

Fürsorgeeinrichtung der Stadt Weißenfels.
Montags, vormittags 8 bis ½10 Uhr, Sprechstunde des Stadtarztes, Stadthaus; nachm. ½5 bis 6 Uhr Beratung und Fürsorge für tuberkulöse Männer und Knaben, Stadthaus. 6 bis 7 Uhr Beratung für geschlechtskranke Männer Kleine Deichstraße 4.
Dienstags, vormittags 8 bis ½10 Uhr, Sprechstunde des Stadtarztes, Stadthaus.
Mittwochs, vormittags 8 bis 9 Uhr, Sprechstunde in der Krippe, Luisenheim; 9 bis 10 Uhr Sprechstunde des Stadtarztes Stadthaus; nachmittags 4 bis 6 Uhr. Säuglingsfürsorge, Kleine Deichstraße 4.
Freitags, vormittags 8 bis ½10 Uhr, Sprechstunde des Stadtarztes, Stadthaus nachmittags ½5 bis 6 Uhr, Beratung und Fürsorge für tuberkulöse Frauen und Mädchen, Stadthaus. 6 bis 7 Uhr, Beratung für geschlechtskranke Frauen, Kleine Deichstraße 4.
Sonnabends, vormittags 8 bis ½10 Uhr, Sprechstunde in der Krippe, Luisenheim. ½10 bis 10 Uhr, Sprechstunde des Stadtarztes, Stadthaus.
Weißenfels, den 18. April 1920.
Der Magistrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200420-16/fragment/page=0004

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 20. April 1920.

Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise. — Abrechnung mit den Zeitfreiwilligen.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten rollte das Elendsbild unseres Volkes weit auf. In der Debatte über die Erhöhung des Straßenbahnfahrgeldes zeigte es sich, vor wie schweren Gefahren unser gesamtes Wirtschaftsleben steht. — Das Verkehrsleben droht zu stocken! Der Bürgermeister erklärte, daß, wenn diese letzte Tariferhöhung keine Besserung bringt, mit den einschneidensten Maßnahmen zu rechnen ist. Einstellung des Straßenbahnverkehrs! ... Diese Möglichkeit liegt drohend in der Luft. Die Folgen wären für eine Stadt wie Halle unberechenbar. Trotz der gewaltigen Fahrpreiserhöhung von 66⅔ Prozent, muß die Stadt die Summe von 2,8 Millionen Mark zubuttern. Wenn unter Würdigung all dieser Umstände die Vorlage des Magistats über die Erhöhung voll und ganz berechtigt ist, so fehlt diese Berechtigung ganz für den Teil der Vorlage, in dem der Magistrat vorschlägt, bei den Fahrten nach 9 Uhr noch einen Extrabeitrag von 50 Pfg zu erheben. Der Antrag des Gen. Dürrfeld, diesen Passus zu streichen, fand deshalb auch die ungeteilte Zustimmung der übergroßen Mehrheit der Stadtverordneten. Nur die Demokraten, außer dem Stadtverordneten Minner, stimmten für die restlose Zustimmung zur Magistratsvorlage.

Daß dieses phantastische Spiel mit den Defizitzahlen mancherlei Rechenkunststücklein bei einzelnen Stadtvätern auslösen mußte ist verständlich. Wenn dann die aufgestellten Exempel nicht stimmten, so ist das nicht weiter krumm zu nehmen. Ein Antrag des Stv. Bowitzki, die Maximalgrenze für die Berechtigung der Erhebung von Arbeiterwochenkarten auf 8000 Mk. festzusetzen, zeigte seine Haltlosigkeit nach einigen Erläuterungen des Bürgermeisters. Bowitzki zog ihn zurück. Er sah ein, daß Anträge, mögen sie noch so verführerisch glänzen und Vorteile für die große Masse der Bevölkerung versprechen, nicht die Macht in sich tragen, die realen Verhältnisse zu ändern. Die Annahme des Antrages hätte den Ruin für unseren Straßenbahnverkehr bedeutet und damit die Interessen der Allgemeinheit außerordentlich gefährdet.

Unverständlich war weiter der Antrag des Unabh. Otto, die Preise für die Monatskarten noch weiter zu erhöhen. Denn damit würden all die Bevölkerungskreise betroffen worden sein, die, da sie mehr wie 4000 Mark im Jahre (also 80 Mk. per Woche!) verdienen und deshalb zum Kauf einer Monatskarte gezwungen werden. Das sind Angestellte, Beamte und Arbeiter. Gegen die Stimmen der Unabhängigen wurde dieser Antrag abgelehnt.

Es war eben ein tolles Durcheinander im Zahlenkunterbunt, in dem die Anträge wie die Seifenblasen aufgehen und eben so schnell und lautlos wieder zerplatzen. Nur in dieser Atmosphäre war es möglich und auch zu entschuldigen, daß sich bei der Verlustberechnung für das Stadt-Theater ein Fehler von über 200 000 Mk. einschleichen konnte. In der Vorkriegszeit hätte vielleicht der ganze Etat für die in Betracht kommenden 5 Monate nicht viel mehr wie 200 000 Mk. betragen. Aus der Diskussion war zu entnehmen, daß auch dem Kunsttempel auf der Promenade die Gefahr der Schließung droht. Wir müssen uns daher mit aller Kraft gegen das uns übelwollende Geschick stemmen. Denn der Niedergang der Kunst bedroht unsere Lebensinteressen ebenso wie der Niedergang des Verkehrs. Sie wären ein entscheidender Schritt zum Niedergange unserer gesamten Kultur.

Der Antrag der Unabhängigen auf Einsetzung einer Kommission, welche Erhebungen über die Ursachen der sinnlosen Vernichtung von Gut und Blut anstellen sollte, rief eine lang ausgedehnte, stürmische Debatte über Zeitfreiwillige, Studenten und Panzerautos hervor. Wir haben seit den Kapp-Tagen wiederholt Beschwerden über die durch nichts gerechtfertigten, planlosen Schießereien verhetzter Soldaten veröffentlicht. Zahlreiche Menschen sind völlig unschuldig Opfer der Wildwestmanieren ungezügelter Waffenträger geworden. Tagelang waren die Panzerautos der Schrecken harmloser Straßenpassanten. Mit eigenen Augen haben wir uns von diesem unerhörten Tun und Teiben einer blindwütigen Soldateska überzeugt. Kein Protest kann scharf genug sein, das Verhalten eines großen Teiles der Zeitfreiwilligen und der übrigen „mit"-wirkenden Truppenteile zu brandmarken. Um so weniger kann man die Stellungnahme der Demokraten verstehen, die heute bei Erörterung der Zeitfreiwilligen-Studentenfrage beide Augen zudrücken, aber die Kühnheit besitzen, Arbeiter, welche mit der Waffe in der Hand gegen die Kappisten und Hochverräter vorgingen, leichthin als Plünderer bezeichnen. In aller Deutlichkeit muß diesen Herren gesagt werden, daß sich Räuber und Plünderer nicht hinter Barrikaden legen und auf diese Art ihr Leben einsetzen. Die Demokraten scheinen ihre eigene politische Vergangenheit vollständig vergessen zu haben, wenn sie jetzt zu solchen Entschlüssen gelangen. Nach erregten Auseinandersetzungen wurde der Antrag der Unabhängigen gegen die S.P.D. und U.S.P.-Fraktion abgelehnt.

*

Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 19. April.

Der stellv. Vorsitzende Keil (Dem.) eröffnete die Sitzung und gab mehrere Eingaben und Gesuche bekannt. Die Lehrerschaft der Lutherschule erhebt dagegen Protest, daß die Lutherschule immer noch weiter mit Flüchtlingsfamilien belegt bleibt, da der Schulbesuch der dort wohnenden Kinder außerordentlich darunter zu leiden habe. Die Eingabe wurde dem Magistrat zur Berücksichtigung überwiesen.

Ein Gesuch der technischen Beamten des Magistrats fordert eine ihren Beruf entsprechende Amtsbezeichnung. Nachdem Gen. Volbracht für die Berücksichtigung dieses Gesuches warm eingetreten war, erklärte Stadtrat Fischer, daß diese Angelegenheit bereits augenblicklich in den Kreisen des Magistrats erwogen und demnächst eine bestimmte Stellungnahme des Magistrats erfolgen wird.

Der erste Punkt der Tagesordnung.

Erhöhung des Fahrgeldtarifes für die Straßenbahn zeitigte eine längere Debatte.

Stv. Ritter begründete als Berichterstatter des Haushaltsausschusses die vom Magistrat und dem H. A. zugestimmte Vorlage. Die Beförderungspreise sollen ab 1. Mai d. J. wie folgt festgesetzt werden:

Einzelfahrpreis, ohne Wagenwechsel	50 Pfg.
Einzelfahrpreis, mit einmaligem Umsteigen	60 Pfg.
Monatskarten für 3 Teilstrecken	30 Mk.
Monatskarten für alle Strecken	50 Mk.
Wochenkarten f. Arbeiter (bis 4000 Mk. Jahreseink.)	4 Mk.
Arbeiterfrühkarten (desgl.)	2 Mk.
Schülerwochenkarten	4 Mk.
Dienstfahrkarten für städt. Beamte und Angestellte,	
für 12 Fahrten	5 Mk.
für 24 Fahrten	10 Mk.

Fahrmarken für Schüler der Pestalozzischule und katholischen Volksschule (Kosten trägt die Schulverwaltung) 35 Pfg. für das Stück.

Sonderwagen, für eine Teilstrecke 10 Mk., mindestens jedoch 30 Mk. für einen Wagen.

Abends von 9 Uhr ab hat jeder Fahrgast, also auch Inhaber von Wochen- und Monatskarten, einen Nachtzuschlag von 50 Pfg. gegen Lösung eines weiteren normalen Fahrscheines zu entrichten.

Die sonstigen Beförderungsbestimmungen der städtischen Straßenbahn bleiben bestehen. Dazu schlug der H. A. vor, daß Wochenkarten für Angestellte mit unter 4000 Mk. Gehalt 5 Mk. kosten sollen. Diese sehr beträchtliche Preiserhöhung wurde damit begründet, daß mit dem bisherigen Fahrgeldtarif nur mit einer Jahreseinnahme von rund 8,2 Millionen Mark gerechnet werden kann, während wegen der mannigfaltigen Verteuerungen sich die Ausgaben für das Rechnungsjahr 1920 schätzungsweise auf 13 Millionen Mk. erhöhen werden, sodaß 4,3 Millionen Mk. ungedeckt sein würden. Bei einer gleichbleibenden Beförderungszahl von rund 30 Mill. Fahrgästen würde eine Tariferhöhung auf 45 Pfg. bzw. auf 55 Pfg. zur Deckung der Mehrausgaben ausreichen. Da jedoch mit einem Rückgang in der Personenbeförderung von etwa 33⅓ Prozent zu rechnen ist, muß die Erhöhung noch etwas weiter erfolgen. Die überhaupt zu erzielende höchste Einnahme ist der vorgeschlagene Mindesttarif von 50 Pfg., sowie die übrigen Beförderungspreise. Der 50 Pfg.-Mindesttarif bietet auch als nicht zu unterschätzenden Vorteil die Möglichkeit schnelleren Kassierens durch die Schaffner und in Verbindung damit die Einnahmen durch Erfassung aller Fahrgäste. Ein Mindestfahrpreis von 50 Pfg. ist bereits in folgenden Städten eingeführt bzw. für die nächste Zeit beabsichtigt: Köln, Saartal, Thorn, Berlin, Plauen, Aachen, Dortmund, Kassel, Schwetzingen. Wenn andere Straßenbahnverwaltungen, wie Essen, einen Mindestpreis von 70 Pfg. und Bochum einen solchen von 80 Pfg. bereits erreicht haben und sich angeblich noch rentieren sollen, so mag dies seine Ursache in der größeren Ausdehnung des Industriebezirks und den größeren Ausdehnungen der Stadtgebiete haben. In kleineren Städten sind der Tariferhöhung jedoch engere Grenzen gezogen und allzugroße Fahrpreiserhöhungen infolge des eintretenden Verkehrsrückganges würden einen weit größeren Verlust im Gefolge haben als der Zuwachs an Einnahmen durch Tariferhöhung wettmachen könnte.

Die Einführung eines an sich gerechteren Teilstreckentarifs, wobei an Preisen unter 40 Pfg. für zwei Teilstrecken und einen Zuschlag von 10 Pfg. für jede weitere Teilstrecke gar nicht zu denken ist, würde nach angestellten Berechnungen geringere Einnahmen erbringen, als die vorgeschlagenen Beförderungspreise und das Abkassieren der Fahrgäste sowie die Kontrolle nur erschweren.

Trotz dieser Erhöhungen hat die Stadt noch mit einem Zuschuß von 2,8 Millionen Mk. zu rechnen, der vielleicht durch Betriebseinschränkungen oder ähnliche Maßnahmen verringert werden könnte.

Gen. Dürrfeld wies darauf hin, daß man der Erhebung eines Nachtzuschlages von 50 Pfg. unter keinen Umständen zustimmen könne, da mit dieser Maßnahme ein großer Teil unserer Mitbürger, Arbeiter, Beamte, Angestellte und Geschäftsleute ganz erheblich getroffen und in ihren Berufsinteressen geschädigt würde. Des weiteren würde dieser Mehraufschlag auch die treffen, die nach des Tages Last und Mühe hinaus in die Natur oder in die Schrebergärten gehen wollen, um dort die zum Leben notwendigen Kräfte zu schöpfen. Im Interesse aller dieser Mitbürger stelle er den Antrag, diesem Absatz des Magistratsvorschlages nicht zuzustimmen, während dem übrigen Teil des Vorschlages die Genehmigung zu erteilen sei.

Stv. Gräfe (Unabh.) stimmte dem zu und frug an ob nicht für die Linie nach Büschdorf-Reideburg ein etwas höherer Tarif angesetzt werden könnte.

Bürgermeister Sendel trat für die gesamte Vorlage ein und wendete sich gegen den Antrag des Gen. Dürrfeld. Die Erhöhung sei bitter nötig und wenn sie nicht den angestrebten Erfolg bringe, müsse mit den einschneidendsten Maßnahmen (Einstellung des Betriebes usw.) gerechnet werden.

Stv. Otto (Unabh.) beantragte, daß die Preise für die Monatskarten erhöht werden. Monatskarten sollen danach für drei Teilstrecken 50 Mk. statt 30 Mk. und für alle Strecken 60 Mk. statt 50 Mk. kosten.

Stv. Minner (Dem.) bezeichnet den doppelten Betrag für die Abendfahrt als eine ungerechte Belastung des Betroffenen.

Stv. Bulle (Deutschnat.) stimmt ebenfalls der Anregung des Gen. Dürrfeld zu.

Stv. Balke (Dem.) befürchtet, daß wir trotz der Erhöhung bald vor die Frage der Einstellung des Betriebes gestellt sein werden.

Stv. Bowitzki (Unabh.) beantragte, den bisherigen Satz des Einkommens eines Arbeiters von 4000 Mk., der zum Erheben einer Arbeiterfahrkarte nötig ist, auf 8000 Mk. festzusetzen.

Stv. Ritter (Dem.) wendete sich gegen diesen Antrag Bowitzki und sah in der Einstellung des Straßenbahnbetriebes eine Katastrophe für das Wirtschafts- und Verkehrsleben unserer Stadt.

Bürgermeister Sendel wies in überzeugender Weise nach, daß der Antrag Bowitzki mit seinen sich daraus ergebenden Konsequenzen völlig undurchführbar ist.

Stv. Bowitzki (Unabh.) zog nach dieser Belehrung seinen Antrag zurück.

Es wurde darauf die Magistratsvorlage mit dem Abänderungsvorschlag des Gen. Dürrfeld angenommen.

Zum Vorteil der Arbeiter, die Monatskarten benutzen, wurde der Antrag Otto (Unabh.) betr. Erhöhung der Preise für Monatskarten, gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt.

Der Magistrat hat beschlossen, den Angestellten des Stadttheaters soll auf die Zeit vom 1. Januar bis 31. August 1920 ein 60prozentiger Zuschuß zu ihren jetzigen Bezügen bewilligt werden. Bei den Solomitgliedern mit mehr als 16 000 Mk. Jahresvergütung ermäßigt sich der Zuschuß auf 30 Prozent. Auf den Zuschuß sind die am 1. April 1920 gezahlten Vorschüsse anzurechnen.

Die Bewilligung dieser Gehaltszuschüsse beansprucht im Verein mit den übrigen schon notwendigen Zuschüssen eine Summe von etwas über eine Million Mk. Der Magistrat hatte infolge eines Rechenfehlers noch 200 000 Mk. mehr ausgerechnet.

Da es ausgeschlossen ist, daß die Stadt diesen Zuschuß vollständig aus Kämmereimitteln deckt, muß ein teilweiser Ausgleich durch nochmalige Erhöhung der Theatereintrittspreise geschaffen werden.

Die Gehaltszuschüsse wurden hierauf bewilligt.

Für die Ausstellung zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wurde ein Beitrag von 1600 Mk. zur Deckung nachgewiesener kleinerer Ausgaben bewilligt.

Die Stadtverordneten-Versammlung wird um Zustimmung ersucht.

Zwecks Unterstützung von Veteranen wurden 2500 Mk. nachbewilligt.

Zur Ausbesserung der Cröllwitzer Brücke genehmigt die Versammlung 20 000 Mark. (Ref. Stvv. Volbracht Mehrheitssoz. und Minner Deutschdem.)

Das Ziegeldach des Wohnhauses Feldstraße 13 beschließt man mit einem Kostenaufwand von 3000 Mark umdecken zu lassen. (Ref. Stv. Brömme Unabh.)

Im Emilienheim der Bethcke-Lehmann-Stiftung machen sich zu Lasten der Stiftung bauliche Veränderungen nötig, für die man 24 000 Mark auswirft. (Ref. Stv. Knauthe und Frau Stv. Krüger Unabh.)

Eine geringfügige Aenderung des Ortsstatuts über die Anstellung der Gemeindebeamten wird genehmigt. (Ref. Stv. Finger Deutsche Vp.)

Das Ortsstatut und die Geschäftsanweisung für das Jugendamt erhält die Zustimmung der Versammlung. (Ref. Stv. Herold Deutschnat.)

Das Gesuch um Teilung des Wohnungsamts wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Den Theaterangestellten soll bei Invalidität die Dienstzeit, die sie beim Stadttheater zugebracht haben, als es noch verpachtet war, angerechnet werden. (Ref. Stvv. Bundt Deutschnat. und Borges Deutschdem.)

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft folgenden Antrag der U.S.P.: „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, aus ihrer Mitte eine Kommission einzusetzen, die mit der Polizeiverwaltung gemeinschaftlich Erhebungen darüber anzustellen hat, ob aus den zerstörten Gebäuden in der Gr. Märkerstraße und Schülershof, die durch Minen der Reichswehrsoldaten schwer beschädigt sind, von Zivilpersonen geschossen wurde."

Begründet wird der Antrag vom Stv. Kürbs (Unabh.), indem er ausführt, daß endlich einmal festgestellt werden müsse, aus welchem Grunde die argen Verwüstungen an den Häusern verursacht wurden. Augenzeugen berichten übereinstimmend, daß besonders die Zeitfreiwilligen mutwillig und sinnlos umhergeschossen hätten, und dadurch auch Menschenleben vernichteten. Da die Truppen aber behaupten, daß aus einzelnen Häusern geschossen wurde, so möge die zu bildende Kommission darüber Erhebungen anstellen.

Stadtrat Frenzel: Nach Lage der Dinge muß nach dem Tumultschadengesetz das Reich für die entstandenen Schäden haften. Eine neue Kommission zu bilden, sei aber deshalb nicht notwendig, da noch vom vorigen Jahre eine solche besteht.

Stv. Herzfeld bringt einige Bedenken gegen die Einsetzung dieser Kommission vor, indem er sagt, es sei ihm nicht ganz klar, ob dieselbe strafrechtlich oder zivilrechtlich vorgehen soll. In großer Erregung kommt es, als der Redner die Zeitfreiwilligen und besonders die Studenten gegen die vom Stv. Kürbs vorgetragenen Beschwerden in Schutz nahm und erklärte: Die Studenten hätten sich um die Stadt verdient gemacht und den Einmarsch der vom Norden drohenden Plünderer aufgehalten. Auf den Antrag zurückkommend, spricht er sich gegen die Kommission aus, da die Stadt für diese Angelegenheit nicht zuständig ist.

Stv. Dürrfeld (S.P.D.): Die hier aufgerollte Frage ist von so großer Bedeutung, daß sie heute nicht gänzlich erledigt werden kann. Deshalb schlage ich vor, den Antrag der U.S.P. dem Rechts- und Verfassungsausschuß zu überweisen.

Stv. Kürbs: Die Entgegnung des Herrn Stv. Herzfeld zwingen mich zu einigen Erwiderungen. Die Kommission, welche wir vorschlagen hat die Aufgabe, das Verbrechen, welches sich die Zeitfreiwilligen an der hallischen Bevölkerung schuldig gemacht haben, endlich einmal aufzudecken. Wie verbrecherisch diese Leute handelten, dafür nur ein Beispiel: Ein Zeitfreiwilliger rief einem Landesjäger zu: „Nicht erst rufen Straße frei, sondern gleich schießen. Von dem Gesindel läuft genug herum." Ich möchte Sie nochmals ersuchen, alle Bedenken, welche hier geltend gemacht wurden, fallen zu lassen und unserem Antrage zuzustimmen.

Stv. Hilbebrand (Unabh.) führt einige Beispiele für die sinnlose Schießerei der Zeitfreiwilligen an, woraus hervorgeht, daß gänzlich unbeteiligte Menschen ihr Leben dabei einbüßten. Weiter protestiert er energisch gegen die Behauptung, daß die Arbeiter, welche vor der Stadt gekämpft haben, als Plünderer bezeichnet werden.

Stv. Bock (Unabh.) wendet sich in längeren Ausführungen gegen jene Kreise an der Universität, die mit ihren reaktionären Bestrebungen, wie mit der Inszenierung von Theaterskandalen ein Unheil für unsere Stadt bedeuten. Wenn diese deutschnationalen Lümmels unserer Universität fern bleiben wollten, hätte die Stadt dabei nichts verloren.

Stv. Finger nimmt das Wort, um die Studenten gegen die Anschuldigungen zu verteidigen.

Der Antrag der Unabhängigen auf Einsetzung einer Feststellungskommission wird mit 31 gegen 30 Stimmen abgelehnt.

Außerhalb der Tagesordnung beschließt man noch eine Erhöhung der Schlachtgebühren unseres städtischen Schlachthofes um 125 Prozent. Die Regelung der Eispreise wurde an die Kommission verwiesen. Die Erhöhung der Schlachtgebühren ist nötig, da im Haushaltsplan ein Fehlbetrag von 255 750 M. sich herausstellte.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Wie ein Zollernprinz „leidet".

Mit Schmierenpathos hat der edle Zollernsproß Joachim Albrecht in seinem Schlußwort als Angeklagter erklärt: „Ein deutscher Mann muß für sein Vaterland nicht nur leben und sterben können, sondern auch leiden."

Schrecklich hat der Aermste gelitten. In dem ersten Hotel Berlins, das selbst der Staatsanwalt als „Schlemmerlokal" bezeichnete, hat er nach eigenen Angaben bei Rotwein und Champagner gesessen. Welch entsetzliches Leiden! Aber offenbar kam es an dieser Stelle dem Prinzen darauf an, für das Vaterland zu leben. — Aber nun leidet er wirklich. Fünfhundert Mark muß der Aermste blechen, weil er als Raufbold und Feigling ein paar Wehrlose hat mißhandeln helfen. Fünfhundert Mark! Das macht schon beinahe — aber auch nur sehr beinahe — ein Souper im Adlon aus!

Schrecklich, schrecklich, sagt Frau Konsistorialrat Schulze zu Frau Superintendent Lehmann, wie unsere geliebten Hohenzollern immer wieder für unser unwürdiges deutsches Volk bluten.

Volkshochschule.

Im neuen Zeitabschnitt finden folgende Vorlesungen statt: I. Elektrische Maschinen, ihre Bauart und Wirkungsweise. Ing. Hoffmann. Donnerstag abends von 8—10 Uhr im Zimmer 5 der Handwerkerschule. Vortragsabende: 22. und 29. April, 6. und 20. Mai, 3., 10., 17. und 24. Juni, 1. und 8. Juli 1920. II. Deutsche Dichtungen klass. und moderner Dichter. (Arbeitsgemeinschaft.) Lektor Dr. Wittsack Mittwoch abends von ½9 bis 10 Uhr im Hörsaal 16 der Universität. Vortragsabende: 12., 19. und 26. Mai, 2., 9., 16., 23. und 30. Juni, 7. und 14. Juli 1920. III. Einführungskursus in die französ. Sprache. Studienrat Dr. Kriete. IV. Einführungskursus in die engl. Sprache. Oberlehrerin Kwast.

In den Kursen werden die im Januar begonnenen Lehrgänge fortgesetzt. Hörerkarten zu den Vorlesungen werden von Dienstag, den 20. d. Mts., ab im Büro der Schulverwaltung, Rathausstraße 4 I, Eingang Kl. Steinstraße, abgegeben. Dienststunden von 8—3 Uhr.

Die Teilnehmer an den Lehrgängen über Fremdsprachen werden zu einer Vorbesprechung Mittwoch, den 21. April, abends 8 Uhr im städt. Lyzeum Alte Promenade 21 eingeladen.

Im Winterhalbjahr ist für die Volkshochschule ein reichhaltiges Programm mit systemat. Aufbau der Lehrgänge vorgesehen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200420-16/fragment/page=0005

An die Abstimmungsberechtigten Westpreußens.

Von unterrichteter Seite wird mitgeteilt: Für alle abstimmungsberechtigten Westpreußen im Reich, welche bereits den Antrag auf Eintragung in die Stimmliste gestellt haben, erübrigt sich eine Anmeldung bei den Abstimmungsausschüssen ihrer Geburtsgemeinde. Diejenigen, welche noch keinen Antrag gestellt haben, müssen diesen Antrag, wie bisher, schleunigst stellen bei den Vereinigungen heimattreuer Westpreußen oder bei denjenigen Stellen, die mit der Annahme der Anträge für die Volksabstimmung in den einzelnen Orten betraut sind. Der Deutsche Ausschuß für Westpreußen veranlaßt die Eintragung in die Stimmlisten der Geburtsgemeinden. Nach erfolgter Eintragung erhält jeder Stimmberechtigte im Reiche einen schriftlichen Bescheid, der gleichzeitig als Reiseausweis dienen soll.

* **Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener,** Ortsgruppe Halle S. und Saalkreis. Die heimgekehrten Kriegsgefangenen hielten am Sonntag, den 18. April 20, ihre erste diesjährige Begrüßungsfeier mit anschließendem Tanz im „Hofjäger" ab. Für Unterhaltung war genügend Sorge getragen. Besonders unter gütiger Mitwirkung des Vokal-Quartett Halle a. S., von Frl. Luise Naundorf, Sopransängerin und die Rezitationen von Frl. Käthe Weber fanden reichlichen Beifall. Allen, die dazu beitrugen, unser Fest zu einem frohem zu gestalten, sagen wir wärmsten Dank.

* **Allen heimgekehrten Kriegsgefangenen, die nach dem Stadtkreis Halle entlassen sind,** wird in der hallischen Kriegsgefangenenheimkehr bei Juwelier Tittel hier, wenn sie es wünschen und wenn sie sich in einer wirtschaftlichen Notlage befinden, ein Antrag auf Gewährung einer wirtschaftlichen Beihilfe ausgefertigt. Solche Beihilfen können je nach der Lage der Verhältnisse und nach der Dauer der Gefangenschaft in Höhe von 100 bis 600 Mark vermittelt werden. Das Vorhandensein einer wirtschaftlichen Notlage des heimgekehrten Kriegsgefangenen ist nach den Regierungsbestimmungen die unbedingte Voraussetzung für die Gewährung dieser Beihilfe. Falls die Kriegsgefangenen selbst behindert sind, können sie auch einen ihrer Angehörigen schicken, jedoch ist auf alle Fälle der Entlassungsschein oder der Militärpaß mitzubringen. Die Sprechstunden finden jeden Tag mit Ausnahme des Mittwochs und Sonntags statt; des starken Andranges wegen ist vormittags zwischen ½9 bis 9 Uhr eine Anmeldung erforderlich.

* **Ueber die Leiden in der französischen Kriegsgefangenschaft** wird Martin Feuchtwanger morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr im Mozartsaal (Weidenplan) einen Vortrag halten. Der Vortrag Feuchtwangers will aufklären und neues Material an den Tag fördern, in welch grausamer Weise sich die Franzosen an den Kriegsgefangenen vergangen haben. Karten bei Heinrich Hothan.

* **Feuerbestattungen im halleschen Krematorium.** Zur Vornahme von Feuerbestattungen in Preußen ist der Nachweis, daß der Verstorbene die Einäscherung seiner Leiche angeordnet hat, beizubringen. Dieser Nachweis ist in vielen Fällen in nicht rechtsgültiger Form ausgefertigt, so daß die Einäscherung hier nicht stattfinden konnte und die Ueberführung der Leiche nach nichtpreußischen Krematorien vorgenommen werden mußte. Die Abgabe der mündlichen Willenserklärung zur Feuerbestattung kann nur vor einer zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigten Person erfolgen. Legitimation ist dabei vorzulegen. Zur kostenlosen Ausfertigung der diesbezüglichen letztwilligen Verfügung sind hier verpflichtet: 1. die Vorsteher sämtlicher hiesiger Polizeireviere, 2. der Leiter des Begräbnisamtes Gr. Berlin 11. 3. der Inspektor des Gertraudenfriedhofes.

Erwischte Diebe. In letzter Nacht wurde in der Kaiserstraße ein wohnungsloser Arbeiter angetroffen, der zwei gefüllte Säcke auf dem Rücken trug. In denselben befanden sich drei lebende Hühner und sechs lebende Kaninchen. Er gab zu, die Tiere gestohlen zu haben, dieselben wurden den Eigentümern wieder ausgehändigt.

Fundsachen des Stadttheaters. Im Stadttheater sind in der Zeit vom 1. September 1919 bis zum 15. April 1920 die nachstehend aufgeführten Gegenstände gefunden worden:

2 Pelzschulterkragen, 1 Unterziehweste, 1 Schawl, 1 Haube, 1 Bleistiftetui mit Inhalt, 1 Handtasche mit Portemonnaie und Inhalt, 1 Glanzledertasche mit Inhalt, 1 Operngalas, 1 Schlüsseltasche, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Perlbeutel, 5 Taschentücher, 5 Paar Handschuhe, 1 Diplomatenbinde, 1 Klemmer, 1 Bartbürste, 2 Stulpenknöpfe, 1 Trauring.

Eigentumsansprüche können bei der Verwaltung des Stadttheaters bis zum 30. Juni 1920 geltend gemacht werden. Nach Ablauf dieser Frist werden die Fundstücke sofort öffentlich versteigert.

Aus dem Verbreitungsbezirk.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

Die kommende Reichstagswahl.

Rede des Gen. Thiele auf der Bezirkskonferenz zu Halle a. S., am Sonntag, den 18. April 1920.

Unter dem ungeteilten Beifall der Konferenzteilnehmer machte der Gen. Thiele u. a. folgende Ausführungen:

Wer Verständnis für die gegenwärtige politische Lage gewinnen will, muß das vergleichen, was ist, mit dem, was war. Die wilhelminische Regierung ruhte auf zwei Grundpfeilern: dem Militarismus und einem fein ausgeklügelten, bis in die feinsten Verästelungen ausgebauten Verwaltungsapparat. Trotz des demokratisch scheinenden parlamentarischen Ueberkleides war das Staatsregiment in seinem Wesen autokratisch und autoritativ. Alle Macht lag in den Händen der Regierenden: alle Ohnmacht war bei dem Volke. Gestützt auf das Militär und die Verwaltung, gestärkt durch den Geist, der durch Schule, Kirche und Rechtswesen wehte, durfte das monarchische System die Sicherheit besitzen, allen etwaigen Volksstürmen trotzen zu können. — Da zermürbte der Ausfall des Krieges den Glauben an die Autoritäten und an den Monarchen. Der 9. November 1918 brachte dem deutschen Volke den Glauben an der eigenen Kraft und an die Demokratie. In hingebendster Arbeit und unter den allerschwierigsten Verhältnissen hat seitdem das deutsche Volk am Aufbau und Ausbau der Demokratie gewirkt. Es hat sich in diesem Werke auch nicht beirren lassen durch die vielen Fieberkrämpfe politischen und wirtschaftlichen Charakters, die seitdem den deutschen Volkskörper erbeben ließen, auch nicht durch die endlosen Schmerzen, die ihm von den Kriegsgegnern vor und nach dem Friedensschlusse zugefügt worden sind. Das deutsche Volk will wieder zu gesunden Verhältnissen kommen, und es wird wieder dazu gelangen. Die Nutznießer des vorrevolutionären Regiments haben seit Jahr und Tag die Schuld an den widerwärtigen Verhältnissen, die restlos eine Erbschaft des alten Systems und des Krieges sind, auf die gegenwärtige Regierung zu wälzen versucht. Sie fanden dabei die verständnisvolle Mithilfe der Unabhängigen. Im März glaubten die Kappisten ihre Zeit für gekommen. Sie hofften, sich wiederum auf die beiden Grundpfeiler des monarchischen Absolutismus stützen zu können, auf Militär und Verwaltung. Sie hatten sich verrechnet. Weder das Heer noch die Verwaltung waren vom Revolutionssturm unberührt geblieben. Beide Machtinstrumente waren bereits so stark von demokratischen Elementen durchsetzt, daß der Putsch nach hundert Stunden in sich zusammenbrach. Die junge deutsche Demokratie hatte ihren ersten großen Sieg in der Praxis errungen. Der gewaltige Generalstreik zeigte den Kappisten, wie geschlossen die übergroße Volksmehrheit ihre verbrecherische Narrheit ablehnt. Mit unbeugsamer Entschiedenheit muß natürlich dahin gearbeitet werden, daß die Säuberung des Heeres und der Verwaltung von allen Feinden der Demokratie durchgeführt wird. Es ist höchst unerfreulich, daß die wirkliche Regierungsmacht nicht dazu hingereicht hat, die schlimmsten der Verbrecher in die Hand zu bekommen. Kapp konnte fliehen und Lüttwitz sitzt irgendwo noch in verborgener Sicherheit. Was nützen die 48 erlassenen Haftbefehle und erhobenen Anklagen gegen die Hochverräter, wenn sie zu entwischen vermögen? Man erkennt jedoch aus dieser Tatsache, wie mächtig noch die Gegenrevolutionäre sind. Die Baltikumer drohen bereits in frecher Weise mit einem neuen Ueberfall. Ohne Zweifel würde auch dieser wieder niedergeschlagen werden. Aber er würde doch weitere Schädigungen des ohnehin schwerkranken Wirtschaftslebens hervorrufen. Darum ist schleunige und völlige Ausmerzung aller Reaktionäre aus Heer und Verwaltung notwendig.

Vom Geiste der Kräftigung der Demokratie und der Ausschaltung aller reaktionären Einflüsse muß auch der kommende Wahlkampf durchdrungen sein. Leider geht die Arbeiterklasse auch diesmal nicht in geschlossener Einheit in den Kampf: sie ist noch zersplittert. Die Unabhängigen und die Kommunisten behaupten links von uns zu stehen, bei der großen und berechtigten Anziehungskraft, die das Wort besitzt, muß doch darauf hingewiesen werden, daß es ein weiteres „links" als die Sozialdemokratie gar nicht geben kann. Auf dem politischen Gebiete gibt es nichts, was „linker" steht als die Demokratie, und auf wirtschaftlichem Gebiete nichts, was „linker" ist als der Sozialismus. Wenn auch wir von einem Ruck nach links reden, der vollzogen werden muß, so meinen wir lediglich, daß die noch undemokratischen und unsozialistischen Zustände beseitigt und nach uns zu gelenkt werden sollen. Will jemand im Ernste behaupten, wer für die Rätediktatur oder für die Tyrannei irgendeiner Minderheit eintritt, stehe links von uns? Wer Hirngespinsten nachjagt, mag in den Wolken stehen, oder Purzelbäume durch die Luft schlagen, links von uns steht er nicht. Es ist auch ungerecht, zu behaupten, unsere Partei tue nicht genug zur Sozialisierung und Demokratisierung. Säßen Unabhängige oder Kommunisten in der Regierung, so würden sie unter den bestehenden Verhältnissen kein Jota mehr leisten, höchstens noch einiges mehr in Scherben schlagen können. Aber Scherben, meine ich, sind bereits in zureichender Menge vorhanden.

Mit aller Schärfe müssen wir den Wahlkampf führen gegen die Rechtsparteien. Material dazu ist so reichlich vorhanden, daß ich darauf heute nicht einzugehen brauche. Aber auch die bürgerlichen Demokraten müssen wir scharf entgegentreten. Wir müssen den Wählern klar machen, daß mit der bloßen politischen Demokratie die schlimmste Kapitalherrschaft verbunden sein kann (siehe Amerika) und daß erst die sozialistische Struktur der Demokratie die Sicherheit für eine wirkliche Demokratie gewährt. Ich brauche nicht besonders hervorzuheben, daß Kommunalisierung oder Verstaatlichung einzelner Unternehmungen noch lange keine Sozialisierung bedeuten.

Auch gegen die Unabhängigen wird unser Wahlkampf gerichtet sein müssen. Wir haben dabei streng sachlich zu bleiben, aber wir müssen und können den Wählern nachweisen, wie sie von den Unabhängigen irregeführt und direkt belogen und betrogen worden sind, wie die Unabhängigen noch vor Jahresfrist für die Demokratie und gegen die Rätediktatur waren, wie sie dagegen heute in ihrer Leipziger Resolution für die Diktatur und gegen die Demokratie sind, wie sie in Unaufrichtigkeit behaupten, sie seien für die Demokratie und für die Diktatur, während doch eins das andere ausschließt. Wir alle wünschen, es möge zu einer Einigung mit ihnen kommen können. Aber Voraussetzung ist, daß die Unabhängigen erklärt haben, daß sie auf dem Boden des Erfurter Programms und der Demokratie stehen. Aus allen Teilen Deutschlands, wo es Unabhängige in größerer Anzahl gibt — nicht überall ist das der Fall — dringen die Klagen, daß Abmachungen, die zwischen unseren Freunden und ihnen getroffen worden sind, von den Unabhängigen nicht gehalten werden. Aus unserem Bezirke könnten gleichfalls in großer Fülle Belege dafür angegeben werden. Hat doch erst unlängst ein eingeschriebenes Parteimitglied der Unabhängigen, Justizrat Kroh in Berlin, diese „die Partei der Lüge und des Verrats am Proletariat" genannt. Wenn ein Unabhängiger selbst dieses vernichtende Urteil an der eigenen Partei in öffentlicher Versammlung fällt, daß die Kommunisten in dutzendweise vorliegenden Artikeln und Notizen diese und ähnliche Anklagen gegen die Unabhängigen erheben, die zwischen uns und den Kommunisten haltlos hin und her schwanken, sehr große Töne von ihrer Grundsatzfestigkeit reden, aber keinen Grundsatz wirklich festhalten — es sei denn der, uns und der Regierung die schlimmsten Erdichtungen anzuhängen. Das ganze Auftreten und Wesen der Unabhängigen läßt sie als eine der politischen Krankheitserscheinungen erkennen, die der Krieg uns gebracht hat und die noch nicht überwunden sind. Wenn der unabhängige Führer Breitscheid bereits vor Jahresfrist vor aller Oeffentlichkeit seine eigene Partei anklagte, sie habe überhaupt keine Politik, so gilt das heute immer noch. Es gilt auch, was uns der alte Liebknecht vor mehr als dreißig Jahren von den Anarchisten sagte: die einen sind ehrlich, aber nicht gescheit, die andern sind gescheit, aber nicht ehrlich." Ich bitte alle Genossen ganz dringend, keinerlei Zugeständnisse an die Agitationsmethoden der Unabhängigen zu machen. Wir müssen und können fest stehen bleiben auf dem Boden unserer Grundsätze und unseres Programms. Wollen die Unabhängigen zu beiden zurückkehren, so sollen sie willkommen sein. Auf Diktaturen und andere gefährliche Spielereien lassen wir uns ein für allemal nicht ein. Wie wenig ehrlich es Unabhängige mit der Demokratie meinen, beweist ein Vorfall aus den jüngsten Tagen. Wir haben uns gefreut über den Beschluß der Kommunisten, sich an den kommenden Wahlen beteiligen zu wollen, wenn sie das auch tun, nicht um im Parlamente mit zu arbeiten, sondern um die Tribüne zu Agitationszwecken zu gebrauchen. Ein Berliner Unabhängiger dagegen soll, als der Beschluß bekannt wurde, geäußert haben: „Das ist unser Tod!" Sind diese Worte gefallen, so würden sie außerordentlich charakteristisch sein. In der Tat! Im Bildermaler sind die Kommunisten den Unabhängigen noch über. Diese Konkurrenz ist von ihnen zu fürchten.

Parteigenossen! Wir dürfen frohen Mutes und mit freudiger Hoffnung in den Wahlkampf gehen. Wir werden die vielen unberechtigten Vorwürfe gegen unsere Partei oder unsere in der Regierung sitzenden Freunde restlos zurückweisen können, und wir werden bei den an sich berechtigten Vorwürfen nachweisen, daß die Fehler nicht auf den üblen Willen oder auf mangelnde Festigkeit zurückzuführen sind, sondern auf Verhältnisse, die eben stärker sind als der menschliche Wille. Ziehen wir hinaus in die Wahl mit der Parole:

Für Demokratie und Sozialismus!
Gegen jede Diktatur einer Minderheit!
Für Frieden nach innen und außen! Für Recht und Brot!

Erhöhung der Postgebühren.

Die angekündigte Erhöhung der Postgebühren ist dadurch in greifbare Nähe gerückt, daß der Reichsrat in seiner öffentlichen Sitzung am Sonnabend den betreffenden Gesetzen zugestimmt hat. Die neuen Postgesetze und Verordnungen sollen am 1. Mai in Kraft treten.

Das Porto für Postkarten soll auf 30 Pfennige, für einfache Briefe auf 40 Pfennige und für Briefe bis 200 Gramm auf 60 Pfennige erhöht werden. Die Sätze für Drucksachen, Geschäftspapiere und Warenproben sind verdoppelt. Auch die Paketgebühren, die Postanweisungsgebühren und die Gebühren für Zeitungen sind erheblich erhöht worden. Für Telegramme ist der Unterschied zwischen Orts- und Ferntelegrammen beseitigt, die Wortgebühr ist auf 20 Pfennige festgesetzt und die Mindestgebühr für ein Telegramm auf 2 Mark. Die Fernsprechgebühren erfahren durchweg eine Erhöhung um 100 v. H., bei ganz großen Netzen noch darüber hinaus. Die Ausschüsse haben sich auch trotz mancher Bedenken damit einverstanden erklärt, daß von allen Fernsprechteilnehmern ein besonderer Kapitalbeitrag in Höhe von 1000 Mk. für jeden Hauptanschluß und von 200 Mk. für jeden Nebenanschluß geleistet werden soll.

Angenommen wurde weiter eine neue Aenderung der Postordnung, wonach auch die Nebengebühren, die auf den Verwaltungsweg verwiesen sind, entsprechend den gesetzlich festgelegten Sätzen erhöht werden. Weiter wurde angenommen eine Aenderung des Postgesetzes dahin, daß der bisherige Ersatz von 3 Mk. für das Pfund verloren gegangener Sendungen auf 10 Mk. erhöht wird. Sämtliche neuen Postgesetze und Verordnungen sollen am 1. Mai in Kraft treten.

Der Reichsrat stimmte dem Gesetzentwurf zu über den Uebergang der Post- und Telegraphenverwaltungen Bayerns und Württembergs an das Reich. Bayern erhält für die Aufgabe seiner eigenen Postverwaltung vom Reiche 620 Millionen und Württemberg 250 Millionen. Außerdem sind beiden Staaten gewisse Konzessionen auf organisatorischem Gebiet für die Zusammensetzung der Behörden zugestanden worden. Auf Anregung des bayerischen Gesandten v. Preger erklärte der Minister, daß auch hier wie auf dem Gebiet der Eisenbahnen den Einzelstaaten gewisse Vorrechte gewährt werden sollten, wenn es sich um die Veräußerung von Grundstücken handle, die im Gebiet dieser Staaten gelegen und für das Reich entbehrlich geworden sind. In erster Linie ist dabei an Exerzierplätze, Flugplätze und Kasernen gedacht.

In derselben Sitzung wurden die Gesetzentwürfe über die Kosten der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge, sowie über die Versorgung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung angenommen.

Vermischtes.

Gebt Raum!

Gebt Raum! ... Aus Arbeitsstätten voller Lärm und Braus,
vom Pflug der Felder her und von der Schmieden Graus
und Höllengluten dring' ich,
aus Höhlen, wo ein Volk spinnt, hämmert, webt und schafft,
aus Schacht und Gruben steig' ich, und voll freier Kraft
den Ruhm der Arbeit sing' ich.

Gebt Raum! .. Aus Wäldern voll von Nestern und Gesang,
aus Myrtenbüschen und aus dunklem Laubengang,
aus üpp'ger Felder Wonne;
aus blauen Wassern, d'rauf die zarte Möve kreist,
erheb' ich mich bekränzt und sing als Volkslied dreist
ein Jubellied der Sonne.

Wer hemmt den raschen Strom im zügellosen Lauf,
wer hält des Vogels Flug zum rosigen Himmel auf,
den Pfeil im Reich der Lüfe?
Ich bin der Strom, der schäumt, der Pfeil, der funkelnd schwirrt,
Ich bin die Schwalbe bald, die durch die Ferne irrt,
die Eule bald der Grüfte

Kunst, für dich kämpfe ich, Zukunft, ich harre dein;
und die Gefühle, die im stolzen Flammenschein
mir Herz und Geist durchglühten,
werf ich im Strahlenkleid der Dichtung, voller Glanz,
der Erde und Himmel zu als Kranz
von Blitzen und von Blüten!

Ada Negrie.

Literatur.

Die erdolchte Front.

Eine Anklage in Versen von Erich Kuttner (Buchhandlung Vorwärts, Preis 2.50 Mk. und Teuerungszuschlag).

Eine Sammlung politischer Gedichte von höchster Aktualität ist es, die die Buchhandlung „Vorwärts" soeben herausgebracht hat. So grimmig und unerbittlich ist mit dem alten Militarismus, mit dessen Resten sich jetzt das deutsche Volk herumzuschlagen hat, noch niemals abgerechnet worden, wie hier. In bildkräftiger, witzig gereimter Sprache wird all das zum neuen Leben erweckt, was der Soldat, der gemeine Mann, der Muschkete im Kriege und nach dem Kriege mit seinen Führern erlebt hat; das Luderleben im Kasino, die Heimfahrten der Offiziersburschen mit den großen Kisten voll Lebensmittel und Bücher, die dickgefressene Aufgeblasenheit der Stadtkommandanten und der anderen Etappenoffiziere, der Fall Hiller, Marlohs Matrosenmord und schließlich der Kapp-Putsch — all das hat einen Reimchronisten gefunden, dem flammender Zorn und lodernde Empörung die Feder geführt haben. Ja, die Front ist erdolcht worden — lautet die These dieses urkräftigen Buches — aber von den Offizieren, von den Unterdrückern und Peinigern des Volkes. Ein solcher Offiziersspiegel ist noch nicht geschrieben worden. Endlich hat einer ausgesprochen, was wir alle empfunden, erlebt, gefühlt und gedacht haben — so werden die Soldaten sagen, die vier Jahre lang das Kriegselend und seitdem den ungebrochenen Hochmut des trotzalledem feigen Offiziersgesindels alten Stils mitgemacht haben. Die Kuttnerschen Verse sind die denkbar stärkste Aufrüttlung zum Wahlkampfe. Sie sollten Hunderttausende von Lesern finden.

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Armee-Konserven mit reichlich Fleisch und weißen Bohnen mit Fett und Tomaten in der Talamtschule am Mittwoch, den 21. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 37 001—44 000 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 44 001—53 000 nachm. von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann an Haushalte mit einer Person eine Büchse weiße Bohnen mit Fett und Tomaten, an Haushalte mit zwei Personen eine Büchse Armeekonserven (ca. 600 Gramm Inhalt) und an Haushalte mit drei Personen eine Büchse Armeekonserven und eine Büchse weiße Bohnen mit Fett und Tomaten usw. abgegeben werden. Der Verkaufspreis für eine Büchse Armeekonserven beträgt 6,50 Mark und für eine Büchse weiße Bohnen mit Fett und Tomaten 2,70 Mark. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Städtischer Verkauf von Malzextrakt an Kinder von 6 bis 12 Jahren in der Talamtschule am Mittwoch, den 21. April. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 37 001—44 000 vorm. von 8—12 Uhr und die Inhaber der Nummern 44 001—53 000 nachm. von 2—6 Uhr. Gegen Vorlage des Lebensmittelscheines kann für jedes Kind im Alter von 6—12 Jahren eine Büchse Malzextrakt zum Preise von 2,60 Mark abgegeben werden. Abgezähltes Geld ist bereit zu halten.

Halle, den 20. April 1920. Der Magist

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200420-16/fragment/page=0006